:antifaschistische nachrichten Nr. 3

g 3336 14.2.2008 24. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Ludwigshafener Polizei prüft Hinweise auf Brandstiftung

Rassistischer Anschlag ist derzeit nicht auszuschließen

Nach einem verheerenden Wohnhausbrand in Ludwigshafen mit neun Toten ermittelt die Polizei auch, ob Brandstiftung die Ursache des Feuers sein könnte. Inzwischen wurde bekannt, dass es bereits 2006 einen Brandanschlag auf das Haus gegeben hat.

Am 4.2. hatten Einsatzkräfte in den frühen Morgenstunden in dem von zwei türkischen Großfamilien bewohnten Haus acht Leichen geborgen, darunter auch eine schwangere Frau. Die Menschen sind an Rauchgasvergiftung gestorben. Eine Frau erlag am Sonntag im Krankenhaus ihren Verletzungen. Sie war in Panik aus dem Fenster gesprungen.

Der Brand in der Berliner Straße in Ludwigshafen ist eine schreckliche Katastrophe: Neun Menschen, darunter fünf Kinder fanden den Tod, sechzig Menschen wurden verletzt. Die Überlebenden werden auf unabsehbare Zeit traumatisiert bleiben, viele Menschen in Ludwigshafen und Umgebung sind erschüttert. Das furchtbare Ereignis vom vergangenen Sonntag ist Stadtgespräch. Und es gibt die Aussagen von zwei Mädchen, wonach ein Unbekannter einen im Treppenhaus abgestellten Kinderwagen in Brand gesteckt haben soll.

Das kurzfristig zustande gekommene „Solidaritätsbündnis Brandopfer Ludwigshafen“ fordert in einer zurückhaltend formulierten Pressemitteilung die rückhaltlose Aufklärung der Brandursache:

„Wir sind der festen Überzeugung, dass eine lückenlose und zweifelsfreie Klärung der Brandursache unbedingt notwendig ist, damit sich eine solch schmerzvolle Tragödie nicht mehr wiederholt“. Der anschließende Schlusssatz der Erklärung ist als eindeutiger Aufruf gegen Rassismus und für ein friedliches Zusammenleben aller hier lebenden Menschen zu verstehen: „Als nicht wegzudenkender Teil der deutschen Gesellschaft rufen wir alle Zivilgruppen auf, das freundschaftliche Zusammenleben der Türken und Deutschen zu bewahren und gegen all jene Bestrebungen Position zu beziehen, die ein Klima der Feindschaft zu begründen versuchen“. Auf der offiziellen Pressekonferenz am 5. Februar in der Ludwigshafener

Feuerwache Nord, an der auch OB Dr. Eva Lohse, sowie Vertreter von Polizei und Feuerwehr anwesend waren, wurde betont, dass „keine Brandursache auszuschließen“ sei. Dies ist ein deutlicher Unterschied zu den über die Medien verbreiteten Aussagen von Ministerpräsident Beck, der seit Sonntag verkündet, es gebe keinerlei Anzeichen für eine fremdenfeindliche Tat! Zu berücksichtigen aber ist:

- Die Ermittlungen über die Brandursache haben noch gar nicht begonnen! – Außerdem muss daran erinnert werden, dass es in Ludwigshafen – vor allem in den 90 er Jahren – eine zweistellige Zahl (mindestens 2 Dutzende) von rassistischen Brandanschlägen gegeben hat: auf Wohnhäuser und Geschäfte von MigrantInnen und mehrfach auf Unterkünfte von Flüchtlingen. In LU-Oppau hat es sogar auf ein und dasselbe Asylbewerberheim allein drei Anschläge gegeben, der letzte im Jahre 2000, als ein Mädchen schwere lebensgefährliche Brandverletzungen erlitt.
- Eine ganze Reihe dieser Anschläge wurde nie aufgeklärt! Auch wurden immer wieder sonstige Angriffe auf Menschen aus rassistischen Gründen (z.B. wegen ihrer Hautfarbe) verübt – zuletzt im Dezember vergangenen Jahres. Angesichts der Häufung rassistischer Taten – im Besonderen von Brandschlägen in Ludwigshafen in den vergangenen 16 Jahren – kann bei einem Großbrand in einem Haus, das ausschließlich von Menschen mit Migrationshintergrund bewohnt wird, generell ein rassistischer Brandanschlag nicht ausgeschlossen werden. Das hat mit Hysterie nichts zu tun, sondern ist eine einfache logische Konsequenz!

In Ludwigshafen und Umgebung haben sich seit Jahren neonazistische Strukturen herausgebildet wie das „Aktionsbüro Rhein-Neckar“, sowie Zentren für Schulungen und Veranstaltungen (z.B. in Kirchheim an der Weinstraße) mit finanzieller und juristischer Absicherung durch die NPD. In Ludwigshafen lebten schon vor Jahren wichtige Nazikader, die immer wieder versuchten ihre verbrecherische Ideologie zu verbreiten und auch vor rassistischen Taten nicht zurückschreckten.

Angesichts dieses Hintergrundes fordern wir von der Stadtverwaltung Ludwigshafen und den zuständigen Behörden eine rückhaltlose Aufklärung der Brandursache. Wir fordern außerdem eine öffentliche Anhörung bei der Stadtverwaltung in allernächster Zeit darüber, was sie zu tun gedenkt, um den Nazi-Umtrieben in Ludwigshafen wirksam Einhalt zu gebieten. Wir wollen, dass kein Mensch, der aus einem anderen Land kommt, eine andere Muttersprache als Deutsch spricht oder eine nichtweiße Hautfarbe hat, ausgegrenzt, gedemütigt, angegriffen, verfolgt oder mit dem Tode bedroht wird! Wir wollen eine Gesellschaft, in der Nazis und Rassisten keinen Platz haben!

Bündnis gegen Abschiebungen Mannheim ■

Aus dem Inhalt:

Schwierigkeiten des Gedenkens – Gesichter des Vorurteils – 27. Januar in Mannheim 8

GfP-Tagung in Thüringen

SÜDTHÜRINGEN. In einem Hotel im „Großraum Südthüringen“ soll vom 11. bis 13. April der diesjährige „Deutsche Kongreß“ der neofaschistischen „Gesellschaft für Freie Publizistik“ (GfP) stattfinden. Als Organisationsleiter des Kongresses, der in diesem Jahr unter dem Motto „40 Jahre Volkszerstörung! – Das unheilvolle Erbe der 68er“ stattfinden soll, fungiert der NPD-Funktionär Jürgen Schützinger aus Villingen-Schwenningen. Als Redner werden NPD-Aktivisten, wie z.B. Dr. Rolf Kosiek (Ex-MdL), Jürgen Gansel (MdL) und Benedikt Frings (Köln) erwartet. Auch Jürgen Schwab vom Denkzirkel „Deutsche Akademie“ und der ehemalige Generalmajor Millotat werden als Referenten angekündigt. Aus der Schweiz wird der Geschichtsrevisionist Bernhard Schaub erwartet. Aus Österreich Martin Pfeiffer, der Chefredakteur der extrem rechten Zeitschrift „Die Aula“. *hma* ■

„AUF“ gegründet

BERLIN. Etwa 100 Personen haben in Berlin die neue Kleinpartei „AUF – Christen für Deutschland“ aus der Taufe gehoben. „AUF“ steht dabei für „Arbeit, Umwelt und Familie“, so Vorsitzender Walter Weiblen gegenüber „idea“. Inhaltlich stellt das „AUF“-Programm eine Mischung aus den Ansichten der „Lebensschützerin“ Christa Meves und des rechten Ökologen Herbert Gruhl dar. Mit der neuen Partei soll ein möglichst breiter Kreis von Christen angesprochen werden, um die vorhandenen Kräfte zu bündeln. Mit diesem Versuch war Weiblen im vergangenen Jahr als Chef der „Partei Bibeltreuer Christen“ (PBC) gescheitert. Weiblen und eine Reihe seiner Anhänger verließen daraufhin die Partei. Auch einige ehemalige ÖDP-Mitglieder schlossen sich der neuen Formation an. Der stellvertretende „AUF“-Vorsitzende Peter Schneider hofft darauf, das die neue Partei noch in diesem Jahr eine Mitgliederstärke von 3000 erreichen wird. In der Vergangenheit waren bereits mehrere Parteiprojekte dieser Art gescheitert.

hma ■

„IfS“-Winterakademie

SCHNELLRODA. Das extrem rechte „Institut für Staatspolitik“ (IfS) führt seine „8. Winterakademie“ vom 6. bis 9. März auf dem Rittergut Schnellroda in Sachsen-Anhalt durch. Diesmal geht es um das Thema „Masse“, denn „wer die Masse ignoriert, kann keine Politik betreiben“, heißt es in der Einladung. Daher müssen wir „die Gesetze und Mechanismen der Massengesellschaft kennenlernen und begreifen“, so die Veranstalter. Zu den angekündigten Referenten gehören Frank Lisson, Dr. Karlheinz Weißmann, Martin Lichtmesz, Dr. Erik Lehnert, Dr. Michael Böhm, Ernst Müller und Dr. Till Kinzel. Die meisten der Referenten sind bereits durch ihre Veröffentlichungen im „IfS“-Hausblatt „Sezession“ oder in der „Jungen Freiheit“ bekannt.

hma ■

Rechte „Volksfront“-Angst

HAMBURG. „Steht Deutschland vor einer linken Volksfront?“, fragen „Die Deutschen Konservativen“ in einer großformatigen Anzeige in der rechten Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Beworben wird zugleich eine neue Broschüre des emeritierten Anti-Antifa-Experten Prof. Dr. Hans-Helmuth Knütter unter dem Titel „Erich Honecker „lebt“. Ein Gespenst geht um in Deutschland. Die Nation driftet nach links!“, die der Verein mit Sitz in Hamburg herausgegeben hat. Die mit einem Vorwort des Berliner CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer versehene Broschüre wird als „Total-Demaskierung der gesamten Linken in Deutschland“ angepriesen. *hma* ■

„Frieden war gestern!“

DRESDEN. In Dresden läuft die Mobilisierung gegen die Naziaufmärsche am 13. und 16. Februar 2008 auf Hochtouren. Während am Abend des 13. Februar mehrere hundert Neonazis der „Freien Kameradschaftsszene“ erwartet werden, ruft für den 16. Februar die JLO (Junge Landsmannschaft Ostdeutschland) und die NPD zu einer Großdemonstration mit mehreren tausend TeilnehmerInnen auf. Es wird einer der größten Naziaufmärsche Europas werden und wahrscheinlich der größte deutsche Nazi-Umzug im Jahr 2008. In der Zeit vom 11. bis zum 17. Februar möchte die Kameradschaftsszene Dresdens des weiteren eine Aktionswoche durchführen.

Auch die Antifa wird aktiv sein! In diesem Jahr wird es ungleich schwerer werden, die Naziaufmärsche zu stoppten, da es wahrscheinlich gleich zwei Aufmärsche geben wird und die Polizei mit mehreren tausend Beamten auf einiges vorbereitet sein wird, was in den letzten Jahren vielleicht noch überraschte. Mit vielen entschlossenen Leuten sollten aber auch im Jahr 2008 die Chancen nicht schlecht stehen, dass der Neonazi-Umzug nicht mehr als eine schlechte Kundgebung wird.

Die Mobilisierung läuft auf Hochtouren. So konnten an mehreren Orten in Dresden Transparent-Aktionen für Aufmerksamkeit sorgen. Am Albertplatz in der Dresdner Neustadt hing einige Tage lang an einem Hochhaus: „16./13. Februar Dresden / Frieden war gestern / Naziaufmärsche smashen!“ In der Dresdner Altstadt, direkt neben dem Terassenufer wurde auf einem Transparent die Frage gestellt: „Diese Stadt hat Nazis satt?“ und darauf die passende Antwort formuliert: „Dann 13./16.02. Blockieren!“ Zehn Tage vor den Antifa-Aktionen gegen Naziaufmarsch und jede Form von Geschichtsrevisionismus finden sich in fast allen Dresdner Stadtteilen Plakate und so mancher Orts gibt es Graffitis zu bewundern. *alerta 3.2.2008* ■

Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten

Dr. Sven Schönfelder, Universität Marburg

Dr. Sven Schönfelder stellt die gleichnamige Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung vor, die im Dezember 2007 erschienen ist. In acht Kommunen aus vier Bundesländern (Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen und Rheinland-Pfalz) mit kommunaler Parlamentspräsenz von NPD und Republikanern wurden Fraktionsvorsitzende der SPD und der CDU zu ihren Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus befragt.
Der Fokus der Studie liegt dabei auf den Fragen, wie die Anwesenheit einer rechtsextremen Fraktion die Kommunalpolitik verändert hat, welche Strategien im Umgang mit dem Rechtsextremismus entwickelt wurden und wie sich diese in der Praxis bewährt haben.

Grenzen lokaler Demokratie

Zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Nazis im ländlichen Raum

Dr. Christian Schmidt, Universität Leipzig

Unabhängig von Bildung, Alter, Geschlecht oder sozialem Status trifft man in Deutschland auf hohe Zustimmung zu rassistischen und antisemitischen Einstellungen. In ländlichen Regionen, in denen eine Vielfalt von Angeboten häufig fehlt, treten die Erscheinungsformen verstärkt zutage. Wer Kritik an den örtlichen Behörden übt, gilt schnell selbst als extrem. Alternative Anti-Nazi-Initiativen haben oft einen schweren Stand. All dies belegt die im Auftrag der grünen Bundestagsfraktion erstellte Studie, die Dr. Christian Schmidt vorstellen wird. Sie untersucht auch die Wirkung der bisherigen Bundesprogramme gegen Rechts und spricht Empfehlungen aus, wie Demokratiedefizite, das Fehlen zivilgesellschaftlicher Strukturen behoben werden kann.

Samstag, 23. Februar 2008
14.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Köln, Bürgerzentrum Alte Feuerwache
Melchiorstr. 3, Großes Forum

Veranstalter: ■ Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten
■ kommunalpolitisches forum nrw

Antifaschistische Nachrichten c/o GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221-2116 58

Zu den Ergebnisse der Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen:

Großmäuliger Wahlkampf – schwaches Abschneiden

Die beiden Landtagswahlen am 28. Januar brachten mit hohen Verlusten für die CDU (in Hessen 12 Prozent und in Niedersachsen 5,8 Prozent), Stimmengewinnen für SPD und FDP in Hessen und dem Einzug der Linkspartei in die Landtage neue Erschütterungen im bundesdeutschen Parteiensystem. Der ausländerfeindliche und rassistische Wahlkampf von Ministerpräsident Roland Koch wurde abgestraft. Enttäuschend fielen auch aus ihrer Sicht die Wahlergebnisse für die Parteien der extremen Rechten aus.

In Hessen blieb die NPD mit 0,9 Prozent der Stimmen (absolut: 23.972) noch unter der Grenze der Wahlkampfkostenerstattung. Ihre Konkurrenz rechtsaußen, die Republikaner, verloren gegenüber 2003 noch einmal 0,3 Prozent Stimmen, liegen aber mit genau einem Prozent noch an der Grenze der Wahlkampfkostenerstattung.

Auch in Niedersachsen, wo die Republikaner nicht mehr antraten, konnte sich die NPD nach einem von der Bundeszentrale und anderen Landesverbänden kräftig unterstützten und großmäuligen Wahlkampf nur um 0.2 Prozentpunkte steigern (52.817 Stimmen = 1,5 %), was gegenüber der Bundestagswahl 2005 einen Verlust von 7000 Stimmen bedeutet.

Die meisten Stimmen in Hessen konnte die NPD in den Wahlkreisen Wetterau II (3,0 %), Hersfeld (2,2%) und Wetterau III (2,0 %) einfahren. In Niedersachsen war das in den Kreisen Helmstedt (3,6%), Verden (2,7%), Osterode (2,6%), Celle, Nienburg-Nord (jeweils 2,5%), Bergen, Wolfenbüttel-Süd / Salzgitter (jeweils 2,4%) der Fall. Auch in Gebieten mit höherer Arbeitslosigkeit wie Wilhelmshaven oder Delmenhorst kam die NPD noch über 2 Prozent. Den größten Zuspruch erlangte die NPD, wo kommunal seit langem verankerte Kandidaten wie Friedrich Preuss in Helmstedt (1548 Direktstimmen), Michael Hahn in der Stadt Lauterberg (5,24%) oder Doris Zutt im Wetteraukreis antraten. Spitzenkandidat Andreas Molaus Stimmenanteil von 2,4 Prozent in Wolfenbüttel entsprechen 868 Stimmen.

Die Hessische NPD schweigt bisher zum Wahlausgang. Der niedersächsische Spitzenkandidat Molau räumt die Niederlage selbst ein, kann aber keine inhaltlichen Fehler erkennen: *„Diese Niederlage lag zweifellos nicht an denjenigen, die einen aufopferungsvollen Wahlkampf geführt haben. Auch die Themenauswahl und das Programmatische halte ich im Nachhinein für richtig. Wenn überhaupt, hat die Übertragung gefehlt – das Medium und das nötige »Kleingeld«, selbst diese Gegenöffentlichkeit herzustellen. … Wir haben, und dies sei nicht aus Selbstgefälligkeit gesagt, gegen ein »System« gekämpft, das von der Regierungsbank aus den Wahlkampf der NPD erfolgreich gestört hat.“* Als „Überzeugungstäter“ könnten ihn 1,5 % nicht schrecken, so Molau weiter. Er werde weiter zur Verfügung stehen, „Wenn die Basis dies wünscht“. Zum Ende der Erklärung betont er ausdrücklich, dass weiter mit den Freinen Kräften zusammengearbeitet werden müsse:

„Der nationale Widerstand sollte auch nach dieser Niederlage nicht ruhen und an dem Aufbau einer Gegenöffentlichkeit arbeiten. Dazu sollte möglichst bald eine der Wahlzeitung entsprechende Publikation erstellt und verteilt werden, das Weltnetz muß weiter ausgebaut werden, die Volksinitiative zur Trennung von deutschen und ausländischen Schülern weitergeführt werden usw. Aus meiner Sicht wird dies, auch im Hinblick auf die Kommunalwahl, nur im Schulterschluß zwischen Partei und freien Kräften möglich sein.“

Angesichts der Wahlergebnisse flammt jetzt vermutlich in der NPD erneut eine Diskussion auf, bei den nächsten Wahlen, vor allem zum Landtag in Thüringen 2009, den Solidarpakt mit der DVU aufzukündigen. Allein rechnet man sich größere Chancen in diesem Bundesland aus, weil hier seit Jahren die DVU kaum noch wirksam ist, während die NPD kontinuierlich Einfluss und Mitglieder gewinnt.

Quelle: Newsletter des AK Antifaschismus Die LINKE. und Website der NPD Niedersachsen ■

Aufruf zur Demonstration „Geh denken!“

DRESDEN. Wie schon in den vergangenen Jahren ruft auch das Bündnis „Dresden für Demokratie“, zu dem neben der Stadt Dresden die Kirchen, der DGB, VVN-BdA, Die LINKE und viele andere gehören, zu einer Demonstration auf. Im Aufruf heißt es: „Vor 75 Jahren ging in Deutschland die Demokratie unter. Mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, der Auflösung des Reichstags, der Verhaftung politischer Gegner und der Zerschlagung der Gewerkschaften und anderer freier Vereinigungen hatte sich die Macht der Nationalsozialisten unter den Augen und mit Hilfe der Deutschen bereits im März 1933 etabliert.

Der Reichtagsbrand, die Bücherverbrennungen, die Abschaffung der Bürger-und Menschenrechte und die systematische Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bürgerinnen und Bürger Deutschlands und Europas waren der Anfang einer Entwicklung, die mit dem Tod von Millionen Menschen im zweiten Weltkrieg endete.

Heute, 75 Jahre später, marschieren wieder die Anhänger dieser tödlichen Ideologie, drängen in die Parlamente, ergreifen die Worte und die Plätze, und machen kein Geheimnis daraus, dass sie wieder genau so handeln würden wie damals.

Die Abschaffung der Demokratie und die Demontage der Bürger- und Menschenrechte ist ihr erklärtes Ziel.

Das lassen wir uns nicht gefallen, nicht in diesem Jahr und nie wieder.

Deshalb gehen wir auf unsere Straßen, Plätze und Brücken und zeigen, dass eine starke Demokratie der Grundpfeiler unseres Zusammenlebens ist!

Kommen Sie zur Demonstration „Geh Denken – Aus der Geschichte lernen – für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“!

Am Samstag, 16. Februar 2008, 14.30 Uhr am Goldenen Reiter mit Zwischenkundgebungen.

www.dresden-fuer-demokratie.de
http://www.aktion-zivilcourage.de/Info_Aufruf_zur_Demonstration_Geh_Denken.427d2376/ ■

Neofaschistischer Anschlag auf die Gedenkstätte in der Wenzelnbergschlucht

LEVERKUSEN/SOLINGEN. Wie erst jetzt bekannt wurde, haben Neonazis die Gedenkstätte in der Wenzelnbergschlucht verwüstet. Die Polizei spricht von „Vandalismus“. Sie schließt – wie üblich – ein gezieltes neonazistisches Verbrechen an der Totenruhe der von den Faschisten am 13. April 1945 ermordeten 71 Menschen, an die das Mahnmal erinnert, aus.

Das Mahnmal am Wenzelnberg wurde in den vergangenen Jahrzehnten aber bereits mehrfach geschändet.

Sowohl die VVN-BdA Wuppertal-Solingen, als auch die Kulturvereinigung Leverkusen e.V. fordern die schnelle Aufklärung und die Bestrafung der Täter! Die Stadt Leverkusen, die am 27. April die jährliche Gedenkfeier ausrichtet, müsse bis dahin alle Schäden beseitigen und eine würdevolle Gedenkveranstaltung sicherstellen, heißt es in einem Schreiben an die Stadt.

nach PM Kulturvereinigung Leverkusen ■

Internationales Jugendworkcamp Bergen-Belsen vom13. - 22.3.08

NIEDERSACHSEN. Zum Internationalen Jugendworkcamp laden christliche und gewerkschaftliche Jugendverbände. 60 Jugendliche aus 10 Ländern gestalten den 7 km langen Häftlingsweg zwischen Bahnrampe und ehem. Lagereingang als Erinnerungsweg, sie pflegen bauliche Reste des ehem. Kriegsgefangenenlagers und KZ, sprechen mit Verfolgten des Faschismus und heute von Asylpolitik und Neonazis Betroffenen. Die Umgebung von Bergen-Belsen mit dem größten, bereits von den Nazis angelegten, Truppenübungsplatz und die zunehmende Ausbreitung von NeoNazis wird ebenso Thema sein wie Zwangsarbeit, Ausgrenzung und Militarismus.

Die Teilnahme kostet Euro 70,- . Darin enthalten sind alle Kosten für Unterkunft, Verpflegung, Aktivitäten und Programm. Die Woche ist als Bildungsurlaub anerkannt. Eine offizielle Schulbe-freiung ist möglich. In Niedersachsen sind dann Ferien.

Bitte schnell anmelden! Information und Anmeldung bei:
DGB-Gewerkschaftsjugend Niedersachsen-Bremen, H-D Charly Braun, Otto-Brenner-Str. 7, 30159 Hannover
T. 0511-1260161, Fax 0511-1260157

Pinneberger Kameradschaft stilllegen

PINNEBERG. Schon seit einiger Zeit werden die Pinneberger Innenstadt, sowie die umliegenden S-Bahnhöfe Pinneberg, Halstenbek und Krupunder wieder stark von Neonazis frequentiert. Sie verbringen dort ihre Freizeit, betrinken sich und belästigen Menschen, die nicht in ihr Weltbild passen. Wiederholt wurden Flugblätter verteilt, Parolen geschmiert und Aufkleber mit rechtsradikalem Inhalt angebracht.

Doch nicht nur durch Aufkleber und Teilnahme an NPD-Aufmärschen machen die Pinneberger Neonazis auf sich aufmerksam: Wiederholt ist es bereits zu körperlichen Auseinandersetzungen mit Antifaschisten gekommen, bei denen sich auch eine gute Vernetzung mit Elmshorner, Uetersener und Hamburger Rechtsradikalen offenbarte.

Um diesen Zuständen entgegenzuwirken, wollten AktivistInnen ein Konzert im Geschwister-Scholl-Haus (GSH) in Pinneberg unter dem Motto „Reagieren statt tolerieren – Kein Fußbreit dem Faschismus!“ organisieren. Aufgrund von Symbolen wie einem durchgestrichenen oder zerschlagenen Hakenkreuz wurden dem GSH von der Polizei und dem Ver-

fassungsschutz Auflagen erteilt. So durften die genannten Symbole nicht auf den Flyern abgebildet werden. Auch das Motto sollte geändert werden, es sei zu provokant der rechten Szene gegenüber. Obwohl die Auflagen erfüllt wurden, folgten so viele weitere, dass die Organisatoren sich entschlossen, in Übereinstimmung mit dem GSH, das Konzert nicht stattfinden zu lassen, da das Ziel, die Öffentlichkeit Pinnebergs zu erreichen, nicht mehr zu realisieren war.

Mit einer lautstarken Demonstration wollen wir am 1. März auf diese Zustände aufmerksam machen: Antifaschistische Demonstration 1.3.2008, 11.00 Uhr Bhf. Pinneberg ■

NVP-Ausweitung

ÖSTERREICH. Die Nationale Volkspartei (NVP) scheint ihre Versuche zu intensivieren, in ganz Österreich aktiv zu werden. Bereits im November 2007 erfolgte die Hinterlegung der Satzung der NVP beim Innenministerium. Im Januar 2008 sollen die Parteistatuten veröffentlicht und ein Bundestreffen der NVP durchgeführt werden. Im Mai soll dann die konstituierende Sitzung mit einer anschließenden Pressekonferenz über die Bühne gehen.

Die Hauptaktivitäten der NVP dürften sich derzeit auf Salzburg, Kärnten und Wien konzentrieren. Während bei den anderen Bundesländern nur eine E-mail-Adresse als Kontaktmöglichkeit angegeben wird, ist die NVP in den drei genannten schon mit eigenen, zum Teil auch namentlich angeführten Landesvorständen (in Wien auch mit einigen Bezirksvorständen) vertreten.

Laut Homepage plant die NVP auch den Aufbau einer Nationalen Akademie zur Schulung von Kadern und Sympathisanten. Auch eine Nationale Jugend Österreichs soll vor der Etablierung stehen. Einen als „NVP-Laden“ bezeichneten Onlineversand betreibt man bereits. Ein namentlich nicht genanntes Mitglied des Salzburger Landesvorstandes wird als „Referent für freie Kräfte“ vorgestellt. Bei den so genannten „Freien Kräften“ handelt es sich in der Regel um Personen oder Gruppen, die in der neonazistischen Szene aktiv sind. Die Tatsache, dass die Salzburger NVP im Vorstand einen eigenen Referenten für die „freien Kräfte“ installiert hat, könnte ein Hinweis darauf sein, dass man in dieser Szene zumindest einen Ansprech- und Bündnispartner sieht. Damit stellt sich aber letztendlich auch die Frage nach einer ideologischen Nähe zu dieser Szene.

Für die Nähe zum (Neo)Nazismus spricht auch das NVP-Smbol, ein Zahnrad. Als Umrahmung des Hakenkreuzes fand dieses bereits als Symbol der Deutschen Arbeitsfront Verwendung. Mit der Inschrift FAP war es das Parteizeichen der 1995 verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei, heute verwenden es auch die Hammer-Skins und die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD). Diese neonazistische Partei hat übrigens ebenfalls in ihrem Vorstand Kader, die für die „Verbindung zu freien Kräften“ und „Koordination freier Kräfte“ verantwortlich sind.

Neues von ganz rechts Januar 2008
www.doew.at ■

Öffnung der Pflegeversicherung für Überlebende der Shoah und der KZs

FRANKFURT. Eine Öffnung der deutschen Pflegeversicherung für alle Überlebenden der Shoah und der NS-Konzentrationslager hat die Lagergemeinschaft Auschwitz – Freundeskreis der Auschwitzer (LGA) gefordert. In einem Brief des Vereins an Bundesfinanzminister Peer Steinbrück zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2008 heißt es: „Die Sicherung eines menschenwürdigen Lebensabends der Überlebenden des Nazi-Terrors bleibt die dauernde Verpflichtung aller Deutschen und ihrer Regierung. Die Lebenslage vieler Überlebender des Holocausts und der NS-Konzentrationslager ist von Armut, Hilflosigkeit und Resignation gekennzeichnet. Das weiß unsere Lagergemeinschaft aus unseren regelmäßigen Kontakten mit den Überlebenden in Israel, den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie den Vereinigten Staaten“. Hier müsse schnell und unmittelbar geholfen werden. Eine Öffnung der deutschen Pflegeversicherung für die Überlebenden könne kurzfristig und sachgerecht Abhilfe schaffen. Die Lagergemeinschaft fordert das Bundesfinanzministerium und die Bundesregierung auf, diesen Vorschlag kurzfristig zu prüfen und mit den Organisationen der Überlebenden in Verhandlungen einzutreten. In einer weiteren Passage des Briefes bittet die La-

gergemeinschaft Bundesfinanzminister Steinbrück, die Kommunikationspolitik zu Wiedergutmachungsfragen grundlegend zu ändern:

„Leider hat sich das BMF angewöhnt, Zahlen zur Entschädigung von NS-Unrecht an die Bevölkerung fast ausschließlich als kumulierte Summe seit 1945 zu kommunizieren. Das geschieht bei keiner anderen Position öffentlicher Haushalte. ... Kommunizieren Sie Beträge zur Entschädigung wie alle anderen Zahlen Ihres Bundeshaushalts auch: als jährliche Ausgaben, wenn nötig im mehrjährigen Vergleich. Dann würde deutlich, dass wegen der hohen Sterberate der NS-Verfolgten die Ausgaben für Entschädigungsrenten jährlich sinken – also selbst bei einem Einfrieren der entsprechenden Haushaltspositionen erweiterte Leistungen finanzierbar werden."

Lagergemeinschaft Auschwitz – Freundeskreis der Auschwitzer (LGA)
Lothar Evers ■

Polens Nichtbeteiligung am Zentrum gegen Vertreibungen entlarvt einseitiges Konzept

BERLIN. „Dass die polnische Regierung sich nicht an dem geplanten Zentrum gegen Vertreibungen beteiligen will, ist entlarvend für das einseitige Gedenkstättenkonzept der Bundesregierung", meint Ulla Jelpke. Die Vertreter der Bundesregierung seien offensichtlich nicht bereit gewesen, auf die Bedenken der polnischen Seite ernsthaft einzugehen.

„Dass ausgerechnet die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, dieses Ergebnis als Zeichen für eine Normalisierung der deutsch-polnischen Verhältnisse wertet, bestätigt diese Vermutung und ist Besorgnis erregend. Normalisierung heißt für Steinbach offenbar, die eigene revanchistische Agenda ohne Rücksicht auf deren Empfindungen der östlichen Nachbarn durchziehen zu können. DIE LINKE wird von der Bundesregierung genaue Informationen über die für die polnische Seite offenbar unannehmbaren Bedingungen der Beteiligung an einem Vertriebenenzentrum erfragen. Wir wollen auch Auskunft darüber, wie viele öffentliche Mittel für das Projekt vorgesehen sind.

Flucht und Vertreibung gehören zu den schrecklichen Gewalterfahrungen des 20. Jahrhunderts und sind auch heute noch allgegenwärtig. An sie zu erinnern ist wichtig und richtig. Ich befürchte aber, dass ohne die Beteiligung der polnischen Regierung die Darstellung des Bundes der Vertriebenen die Ausstellung dominieren wird. Diese Geschichtspolitik will den Eindruck erwecken, der Krieg und seine Folgen hätten vor allem Deutsche zu Opfern gemacht. Eine solche Darstellung verhöhnt die Opfer des deutschen Faschismus." *Ulla Jelpke, MdB* ■

Der Gewerkschafter und Antifaschist Werner Pfennig ist tot

VVN-BdA nimmt Abschied von ihrem Vorsitzenden

Am 29. Januar 2008 verstarb nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 70 Jahren der Vorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) Werner Pfennig.

Seine erste politische Prägung erhielt er bereits als Kind, als er die Schrecken der Nazizeit in seinem familiären Umfeld erlebte. Seine lebenslange eindeutige Haltung gegen Faschismus und Krieg wurde durch diese Erfahrungen begründet. Auf seinem Weg in den Beruf nach dem Krieg begleiteten ihn auch gute politische Lehrmeister. Mit Beginn seiner Lehre als Schriftsetzer wurde er schon als Sechzehnjähriger Mitglied in der IG Druck und Papier, einer Gewerkschaft, die konsequent für eine antifaschistische Orientierung, für eine soziale und politische Alternative zur Adenauer-Administration eintrat.

Als politisch bewusster Gewerkschafter wirkte er in der außerparlamentarischen Opposition und der 68er Bewegung mit. Der Leitspruch „Wissen ist Macht" galt für ihn auch in der Gewerkschaft, wenn es darum ging, Antworten auf die politischen Herausforderungen der Zeit zu geben. Und so folgte er Anfang der 70er Jahre dem Ruf an die gewerkschaftliche Bildungsstätte in Springen und in die Hans-Böckler-Stiftung, bevor er Mitarbeiter im Hauptvorstand der IG Druck und Papier wurde.

Große Anerkennung erwarb er sich bei seinen Kollegen und in der Gewerkschaft als gewählter Landesbezirksvorsitzender der IG DruPa in Baden-Württemberg und später im geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Medien. Er verband tarifliche Auseinandersetzungen überzeugend mit gesellschaftspolitischen Fragen. Und immer wieder ergriff er in aller Klarheit Partei für Frieden und die antifaschistische Sache.

In einer fulminanten Rede auf dem 15. ordentlichen Bundeskongress des DGB im Juni 1994 prangerte er Fremdenfeindlichkeit und die Diskriminierung von ausländischen Mitbürgern an. Er erinnerte an den Brandanschlag in Solingen und kritisierte die Reaktion der Bundesregierung, das Asylrecht abzuschaffen, statt politisch gegen Rassismus vorzugehen. Er rief auf zu betrieblichen und gesellschaftlichen Aktionen gegen Rassismus, Intoleranz und Neofaschismus. „Wir müssen jetzt aktiv handeln in einem breiten demokratischen Bündnis, damit wir zu einer demokratischen Lebens- und Arbeitsform in unserem Land kommen."

1995 ging Werner Pfennig in den Ruhestand. Diesen nutzte er – neben vielfältigen ehrenamtlichen Aufgaben in seiner Gewerkschaft – für ein stärkeres Engagement in der VVN-BdA. Seit dieser Zeit übernahm Werner Pfennig in Baden-Württemberg und auf Bundesebene politische Verantwortung für die Arbeit der Organisation. Als gewählter Landessprecher und als Bundessprecher war er auf zahlreichen Veranstaltungen, auf Kundgebungen und Demonstrationen, in Fachgesprächen und Podien als profilierter Antifaschist präsent. Ungezählt sind seine Auftritte bei Aktionen gegen Naziaufmärsche, in den Protesten der Friedensbewegung gegen die Militarisierung der Bundesrepublik und ihrer Außenpolitik.

In diesen Jahren unterstützte er den komplizierten Prozess der Vereinigung der antifaschistischen Verbände in Ost und West. Als es nach dem Einigungskongress darum ging, zwei gleichberechtigte Vorsitzende zu wählen, stellte sich Werner Pfennig als Vertreter der alten VVN-BdA zur Verfügung.

Im vergangenen Jahr nutzte er seine Erfahrungen und Kontakte, um die Kampagne „NoNPD" zu einer gesellschaftlichen Debatte und Auseinandersetzung zu machen. Er hatte großen Anteil daran, dass das ehrgeizige Ziel von 100.000 Unterschriften im November 2007 weit übertroffen werden konnte. Wir werden seine politisch klaren, von Erfahrungen getragenen, empathischen aber auch streitbaren Beiträge für unsere gemeinsame antifaschistische Arbeit vermissen.

Wir werden ihn nicht vergessen.

Dr. Ulrich Schneider, Bundessprecher der VVN-BdA (www.vvn-bda.de) ■

Die Trauerfeier fand am 5. Februar auf dem Stuttgarter Pragfriedhof statt. Statt Kranz und Blumenspenden wurde um Spenden für den VVN – Bund der Antifaschisten Baden- Württemberg auf das Konto 2119748, BLZ 600 501 01 (BW Bank) gebeten.

Zu viel Glamour und zu wenig Führer

Nicolas Sarkozys Integrationskraft bröckelt auf der Rechten ab. Die Wähler des Front National scheinen sich vom französischen Präsidenten abzuwenden. Unter anderen. Wohin wird es sie in naher Zukunft ziehen?

Stößt das „Modell Sarkozy“ an seine Grenzen? Hat das Publikum von der Show schon wieder die Nase voll? Zum allerersten Mal seit seinem Amtsantritt vor acht Monaten ist der französische Präsident Nicolas Sarkozy in den Umfragen nicht nur gesunken (bis auf 41 % Sympathiewerte, bei 55 % negativen Stimmen, Anfang Februar), sondern auch hinter seinen Premierminister François Fillon zurückgefallen - einen eher blassen Politiker, dem Präsident Sarkozy bislang kaum Platz für eigenständige Auftritte gelassen hat. Obwohl Fillon eine direkte politische Verantwortung für viele der sozialen Einschnitte der letzten Jahre trägt, etwa als damaliger Arbeits- und Sozialminister für die heftig umstrittene „Rentenreform“ vom Frühsommer 2003, wird dies durch die öffentliche Meinung im Augenblick kaum wahrgenommen. François Fillon blieb monatelang im Schatten von Nicolas Sarkozy, konnte sich dabei aber auch weniger „abnutzen“, zumindest in jüngster Zeit.

Dass es so kommen würde, und so schnell, hatten viele Beobachter nicht unbedingt für möglich gehalten. Noch kein Präsident schien derart omnipräsent zu sein wie Nicolas Sarkozy, hatte einen derart breiten Raum auf allen Kanälen eingenommen, derart intensiv alle Bereiche des öffentlichen Lebens besetzt. Und nicht nur mit seiner Politik, denn Sarkozys Privatleben wurde wie das eines Popstars ausgebreitet. Seit Ende November machte nicht nur die Tagespresse, sondern auch die Mehrheit der Klatschblätter und der Regenbogenzeitschriften – vom Typus Paris Match, Gala oder Voici – ihre Titelseiten mit dem hektischen und übernervösen Staatschef auf. „Welche Frau für Sarkozy?“ sorgte sich etwa Gala in der letzten Novemberwoche, nachdem Sarkozy einen Monat zuvor von seiner zweiten Ehefrau Cécilia geschieden worden war.

Seitdem Nicolas Sarkozy Mitte Dezember 2007 durch einen gemeinsamen Ausflug in den Disneypark südöstlich von Paris seine neue Liaison mit der Sängerin Carla Bruni, einem ehemaligen Mannequin, enthüllte, gibt es in der Yellow Press nun kein Halten mehr: Sarkozy hier, Bruni da. Und falls gerade einmal eine kurze Pause bei den Titelbildern mit Nicolas Sarkozy eingelegt wird, dann ist seine Ex-Gattin Cécilia Sarkozy auf selbigen präsent.

Der Politiker als Popstar: Auch deutsche Medien lassen sich von dem Phänomen anstecken und geben sich völlig plemplem. „Oh là là: In Paris regiert die Liebe“ lautete etwa der Aufmacher der Story über Sarkozy und Carla Bruni, den die Bunte am 3. Januar dieses Jahres veröffentlichte. Und der SPIEGEL übertitelte Ende Januar seine Seite Eins zum selben Thema: „Die Erotik der Macht: Staatsaffäre Sarkozy/Bruni“. Den Hintergrund der Schlagzeile ziert eine Fotomontage, auf der man den Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy und das frühere Fotomodel Carla Bruni eng aneinander angeschmiegt sieht – vor der Kulisse startender Militärflugzeuge am Nationalfeiertag, die blau-weißrote Kondensstreifen hinter sich her ziehen. Letztere sollen die Macht des Staatsoberhaupts, der an jedem 14. Juli die Militärparade auf den Champs-Elysées abnimmt, symbolisieren. Im Blattinneren geht das Hamburger Nachrichtenmagazin der Frage nach, „wie die Vermählung von Sex und Politik auf die Spitze getrieben wird“.

Das Ganze hatte den Anschein, als könne es ewig so weitergehen: Glamour und Sex Appeal würden den Präsidenten stets im Rampenlicht der Öffentlichkeit halten, ohne dass man über seine Politik reden müsse. Andere Spitzenpolitiker und Mitglieder des Kabinetts von François Fillon taten es ihm nach, wie die Justizministerin Rachida Dati – über sie spricht man seit Monaten in vielen Medien eher im Zusammenhang mit ihren Dior-Abendkleidern und ihren Auftritten bei Partys der Schickeria denn aufgrund der Inhalte ihrer, autoritären, Justizpolitik. Doch dann kam der jähe Absturz: Den Französinnen und Franzosen wurde es zu viel.

Anziehungskraft auf konservative Kreise erodiert

Der Einbruch der Popularitätswerte Nicolas Sarkozys resultiert zum Teil aus einem Sympathieverlust bei Bevölkerungsgruppen, von denen man eine Abwendung von dem konservativen Politiker vielleicht am wenigsten erwartet hatte. Zwar hat Sarkozy auch in den sozialen „Unterklassen “ und in der Arbeiterschaft an Zustimmung eingebüßt, denn im Januar 2007 hatte er seine Kandidatur u.a. mit der Ankündigung „Ich werde der Präsident der Kaufkraft sein“ präsentiert – und in diesen sozialen Milieus hatte man sich von ihm vor allem erhofft, am Ende des Monats mehr Geld in der Tasche zu haben.

In der Praxis blieb davon nur die Anforderung übrig, länger zu arbeiten und mehr Überstunden zu schieben. Worauf sich viele Lohnempfänger sogar gerne einlassen wollten, die sich aber nunmehr enttäuscht zeigen, weil es gar nicht so viele Überstunden abzuleisten gibt, wie sie sich aus finanziellen Gründen erhofft hätten: Überstunden ordnet immer noch der Betrieb an, von seinem Bedarf ausgehend, und nicht die Lohnabhängigen selbst.

Ansonsten ist aber eine der stärksten Abkehrbewegungen gegenüber Sarkozy auch in der Altersgruppe der 50 bis 64-Jährigen, auch bei eher Gutsituierten unter ihnen, zu verzeichnen. Also bei den Angehörigen einer traditionell eher als konservativ geltenden Gruppe. Bei ihnen eckt Sarkozy mit seinem Stil eines ungehobelten Neureichen zunehmend an. Die „Überbelichtung“ (surexposition) seines Privatlebens trugen hierzu ebenso bei wie seine Manieren eines Parvenüs. Auch unter den Wählern der extremen Rechten, bei denen der angekündigte – und durchgeführte – rauhe Umgang mit unerwünschten Einwanderern Sarkozy und seiner Regierungsmannschaft anfänglich viel Sympathie eintrug, hat Nicolas Sarkozy aus ähnlichen Gründen viel Terrain eingebüßt: zu viel Glamour und zu wenig Führer.

Ursprünglich hatte Sarkozy im Wahlkampf immer wieder „das Frankreich, das früh aufsteht, hart arbeitet und nicht unnötig protestiert“ gelobt und seine Versprechungen an dieses Publikum gerichtet – während er zugleich in seinem letzten Wahlkampfmeeting im Frühjahr 2007 versprach, „das Erbe des Mai 68 endgültig zu liquidieren“. Das kam bei den rechtsextremen Wählern an. Statt weiterhin die harte Arbeit zu loben, praktiziert Sarkozy jetzt aber das Angebertum dessen, der es geschafft hat und sich persönlich auf der Gewinnerseite angekommen sieht. Das sorgt in denselben Kreisen für Enttäuschung und Verbitterung.

Die Zahlen, die durch die liberale Pariser Abendzeitung Le Monde am 7. Februar 2008 publiziert wurden, sprechen eine klare Sprache: Im Monat seiner Wahl sprachen 88 Prozent der Wähler des Front National dem neuen „starken Mann“ an der Spitze Frankreichs ihr Vertrauen aus. Im Hochsommer vergangenen Jahres, nach den ersten Eskapaden Nicolas Sarkozys in Nobelrestaurants und auf Luxusyachten unmittelbar nach seiner Wahl, waren es noch 65 Prozent, ähnlich viele wie im nationalen Durchschnitt (zwei Prozentpunkt darunter). Inzwischen sind es nur noch 43 Prozent unter ihnen, d.h. je nach Umfrage zwei Prozentpunkte mehr oder fünf Prozent weniger als im nationalen Durchschnitt. Auch wenn dies nicht bedeutet, dass die organisierte extreme Rechte bei kommenden Wahlen so schnell wieder Tritt fassen wird, denn auch der Front National – ähnlich wie die Linke – wurde durch die zeitweilige Hegemonie des von Sarkozy geschmiedeten und angeführten politischen Blocks destabilisiert und desorientiert. *Bernhard Schmid, Paris* ■

Erinnern – Eine Brücke in die Zukunft

Köln. In einer sehr bewegenden Veranstaltung wurde am 27. Januar anlässlich des Jahrestages der Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee den Opfern des Nationalsozialismus gedacht.

Diese Gedenkveranstaltung hat inzwischen einen festen Platz unter den antifaschistischen Aktivitäten in Köln eingenommen und so war die Antoniterkirche wieder einmal sehr gut besucht. Dieses Jahr stand Jüdisches Leben in Köln im Mittelpunkt des Gedenkens. Hierbei wurde großer Wert darauf gelegt, sich nicht auf die Zeit zwischen 1933 und 1945 zu beschränken, sondern die Zeit davor und danach genauso zu thematisieren.

Auch 2008 gelang es wieder, Zeitzeugen zu gewinnen. Im Zentrum standen

vier Mitwirkende, die zwar aus ganz unterschiedlichen Generationen kamen, die aber doch alle durch ein gemeinsames Schicksal verbunden waren: Den Antisemitismus in Deutschland, der seinen schrecklichen Gipfel im Holocaust fand und auch nach 1945 für viele Jüdinnen und Juden bitterer Alltag war.

Und so konnten Hannelore Hausmann, Adriana Stern, Günther Ginzel und Johannes Epp ihre Geschichten erzählen, sehr tragische Geschichten, aber auch ermutigende Geschichten von Menschen, die das Grauen überlebten und niemals aufgaben.

Die Berichte wurden chronologisch in verschiedene Etappen unterteilt, begonnen mit den Anfängen des Nationalsozialismus über die Reichspogromnacht 1938 bis zu der Zeit danach, als keiner mehr etwas von den Schicksalen der Millionen von Jüdinnen und Juden wissen wollte.

Dazu gab es als visuelle Untermalung Photos, die mit einem Beamer auf eine Leinwand projiziert wurden. Zwischen den einzelnen Blöcken sangMark Rosenthal von der Oper Bonn.

Anschließend fand ein Mahngang statt, dem sich viele der Besucherinnen und Besucher der Gedenkveranstaltung anschlossen. Dieser führte an verschiedenen Orten vorbei, die einmal prägend oder exemplarisch für jüdisches Leben in Köln waren, so beispielsweise ehemalige jüdische Geschäfte, die von den Nazis „arisiert“ wurden, wie etwa der heutige Kaufhof, aber auch Häuser, in denen jüdische Familien wohnten. An viele von ihnen erinnern heute die Stolpersteine. Auch die Stelle der ehemaligen Synagoge an der Glockengasse, von der 60 Jahre nach ihrer Zerstörung nur noch eine Gedenktafel zeugt, wurde vom Mahngang besucht. Dort wurde ein Kranz niedergelegt. Schließlich kam der Zug an der Javne an, wo sich der Löwenbrunnen als Mahnmal für die deportierten Kinder aus Köln befindet. Da schlossen sich viele den dort stattfindenden Aktivitäten im Rahmen des Gedenktages an.

Es ist für engagierte AntifaschistInnen und sicherlich auch für Überlebende des Holocaust ermutigend zu sehen, dass es auch mehr als 60 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz noch so viele Menschen gibt, die nicht daran denken, einen Schlussstrich unter die Shoah zu ziehen und die sich einig sind, dass es auch heute noch gilt, Antisemitismus und Rassismus den Kampf anzusagen.

Benjamin Wernigk ■

Der Mahngang führte auch in die Pfeilstraße, wo durch Spenden des DGB, der VVN und von Einzelpersonen neue Stolpersteine verlegt worden waren. Im Haus Pfeilstr. 13 befand sich Bäckerei und Wohnung der Familie Mendel. Die Familie umfasste das Ehepaar Siegbert und Hanna Mendel geb. Salomon, die Kinder Ernst, Helga, Ruth und Sonja sowie die Mutter von Hanna Mendel und eine weitere Verwandte. Vermutlich 1941 wurde die Familie in das Ghettohaus Cäcilienstr. 18-22 zwangseingewiesen und von dort am 20. Juli vom Bahnhof Deutz-Tief nach Minsk deportiert. Die jüngste Tochter Sonja war zu diesem Zeitpunkt 5 Jahre alt. Keines der Familienmitglieder überlebte die Deportation. Fotos: pb

Kein Platz und keine Stimme für die DVU

Am Sonntag dem 17. Februar 2008 will die neofaschistische Deutsche Volksunion von Gerhard Frey in der Messehalle B1 eine Großveranstaltung anlässlich der Bürgerschaftswahl mit mehreren hundert Nazis abhalten. Wir rufen alle AntifaschistInnen dazu auf diese Provokation mitten in Hamburg zu verhindern.

Momentan überschwemmt die DVU die Straßen mit ihren Plakaten und die Briefkästen mit ihrer braunen Propaganda. Im Gegensatz zur NPD tritt die DVU im bürgerlichen Tarnmantel auf und vermeidet radikale Parolen. Sie kandidiert jedoch in enger Absprache, dem sog. „Deutschlandpakt“, mit der NPD. Der Spitzenkandidat der DVU Matthias Faust war Anfang 2007 noch in der NPD, betont immer wieder die Gemeinsamkeiten mit den Nationaldemokraten und ist ein Vertrauter des notorischen Neonazis Christian Worch. Auf den Wahlplakaten, welche die Straßen säumen, ist die NPD mit eigenem Emblem versehen. Als Wahlhelfer wurden NPD-Mitglieder aus anderen Bundesländern angeworben. (...) Diese Propaganda wird nicht nur der DVU nützen, sondern auch der bundesweit im Aufwind befindlichen NPD. Darüber hinaus wird die DVU-Propaganda ganz allgemein zur Stärkung von rassistischen Einstellungen in der Bevölkerung beitragen. Dies gilt es zu verhindern! (...)

Wir fordern: Keine neofaschistische Großveranstaltung in Hamburg! Keine Stimme für die DVU, und alle anderen Parteien der extremen Rechten am Wahltag. Sorgen wir dafür, dass für Nazis kein Platz ist – weder in den Parlamenten noch im Stadtteil oder Betrieb.

Antifaschistische Kundgebung 17. Februar ab 13 Uhr, Karolinenstr./Rentzelstr.

Schwierigkeiten des Gedenkens – Gesichter des Vorurteils

Wir dokumentieren Auszüge aus der Rede des Vorsitzenden des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Baden-Württemberg Daniel Strauß zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar in Mannheim. Sie weist nicht nur auf die immer noch große Verbreitung antiziganischer Vorurteile hin, sondern Daniel Strauß zieht aus den Erfahrungen der Diskriminierung durch die Mehrheitsgesellschaft allgemeine Schlüsse, wie Vorurteilen zu begegnen ist; Vorurteilen, die die Grundlage für Diskriminierung und Herabsetzung von Minderheiten darstellen.

„Wer selbst noch nicht Opfer von Vorurteilen wurde, kann sich wahrscheinlich nur schwierig vorstellen, wie traumatisch dies sein kann. Wer einer nationalen, ethnischen oder religiösen Minderheit angehört, wird oft ausgegrenzt, muss feindselige Blicke ertragen oder sich abfällige Bemerkungen anhören. Vielleicht hat er beruflich kaum Chancen und kann nur Arbeit verrichten, für die sich andere zu fein sind. Womöglich hat er auch Schwierigkeiten, eine passende Wohnung zu finden oder seine Kinder fühlen sich in der Schule isoliert und unerwünscht. Vorurteile sind der Anfang einer Spirale, die unter bestimmten Bedingungen zu Hass, Gewalt, Pogromen und Völkermord führt. Die Geschichtsbücher sind voll von Berichten, die diese Spirale der Gewalt aufzeigen. Massaker, „ethnische Säuberungen“ und Genozid inmitten Europas finden ihre Grundlage in Vorurteilen.

Ist das Feuer des Vorurteils einmal entfacht, kann es nach Jahrhunderten immer noch schwellen. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts brachte Adolf Hitler deshalb den Antisemitismus und Antiziganismus erneut zum Auflodern. Um Deutschland zu „beschützen“, überwachte Rudolf Höß, Kommandant des Konzentrationslagers Auschwitz die Ermordung von rund zwei Millionen Menschen; Juden. Sinti und Roma, Jehovas Zeugen, politische Gefangene und viele andere.

„Nie wieder Auschwitz“ lautet ein politischer Ausruf! Inwieweit ist es uns gelungen diesen Ausruf real werden zu lassen?

(...) Zwar führen Vorurteile in den meisten Fällen nicht zu Mord, aber sie wirken stets trennend und schüren Groll. Trotz aller Globalisierung scheinen Rassismus und Rassendiskriminierung laut einem aktuellen Bericht der UNESCO „in den meisten Teilen der Welt an Boden zu gewinnen“. Wie sieht es in unserem Land aus? Das EMNID-Institut bietet mit seiner 1994 erschienenen Studie einen umfassenden Einblick in die ‚Beliebtheitsskala‘ der in Deutschland lebenden Minderheiten und Ausländern. Ähnliche Erkenntnisse sind ebenfalls im „Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie“ nachzulesen.

• So möchten 22 % der Deutschen keine jüdischen Nachbarn haben, während dies 68 % bei Zigeunern, 47 % bei Arabern, 39 % bei Polen, 37 % bei Afrikanern, 36 % bei Türken und 32 % bei Vietnamesen so sehen.

• Und während 8 % der Deutschen sagen, dass die Juden ‚sich auf eine Weise verhalten, die in unserem Land Feindseligkeit weckt‘, sagen dies 40 % über Zigeuner, 22 % über Türken, 20 % über Polen und 18 % über Araber.

Nun stellt sich uns die Frage: Können Vorurteile irgendwie aufgebrochen werden?

Kleinere Kinder kennen keine Vorurteile. Im Gegenteil: Wie viele Pädagogen beschreiben, spielen sie oft gern mit Kindern anderer Kulturen. Im Alter von 10 oder 11 Jahren verändert sich diese allgemeine Haltung allzu oft. Häufig lehnen sie dann Kinder anderer Herkunft, Kultur oder Religion ab. In den sie prägenden Jahren nehmen sie Standpunkte ein, die sie womöglich ein Leben lang nicht mehr ablegen.

Wie geschieht das? Das Kind übernimmt erst von den Eltern und später von Freunden, Verwandten oder Lehrern negative Einstellungen, die in deren Worten oder Taten zum Ausdruck kommen. Nachbarn, Presse, Rundfunk und Fernsehen tun dann ein Übriges. Wenn das Kind erwachsen ist, weiß es zwar vielleicht immer noch nicht viel oder überhaupt nichts über die Personen, die es ablehnt, hält sie aber dennoch für unterlegen und nicht vertrauenswürdig. Möglicherweise entsteht sogar ein Hassgefühl.

Menschen lassen sich oft nicht davon abbringen, Tausende, ja sogar Millionen Menschen in ein Klischee zu zwängen und allen die gleichen schlechten Eigenschaften zu unterstellen. Negative Erfahrungen jeglicher Art – und seien sie auch nur mit einer Einzelperson gemacht worden – verstärken ihre Vorurteile. Gute Erfahrungen werden dagegen meist als Ausnahme von der Regel abgetan.

Vorurteile überwinden

Stellen wir bei uns selbst einen Hang zur Voreingenommenheit fest? Ziehen wir zum Beispiel aus der Hautfarbe, der Staatsangehörigkeit oder Volkszugehörigkeit Rückschlüsse auf jemandes Charakter, obwohl wir ihn gar nicht kennen? Oder gelingt es uns, jeden Menschen wegen seiner individuellen Eigenschaften zu schätzen? Der heutige Gedenktag, die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee taggenau vor 63 Jahren, gibt uns erneut dazu Gelegenheit.

In einem Bericht der UNESCO heißt es: „Bildung könne eine Ausschlag gebende Bedeutung im Kampf gegen neue Formen des Rassismus, der Diskriminierung und der Ausgrenzung sein.“ Die Schule ist Prüfstein und Ort konkreter Anerkennungsverhältnisse zwischen Mehrheit und Minderheit. Demnach liegt ein Schlüssel für erfolgreiche Bildungslaufbahnen von Sinti und Roma – wie anderswo auch – in deren sozioökonomischer Integration. Gelingt dies, dann liegen in Familien erfolgreiche Bildungsabschlüsse vor und bei den Kindern steigen entsprechend die Bildungsziele und -qualifikationen. Tatsächlich ist es allerdings so, dass die größte Hürde einer erfolgreichen Beschulung und Ausbildung darin zu liegen scheint, dass institutionelle Verfahren und antiziganistische Problemwahrnehmungen sich in den gesellschaftlichen Einrichtungen widerfinden.

Büro des Verbandes der Sinti und Roma in Mannheim

(...) Ein weiteres Werkzeug im Kampf gegen Vorurteile sind internationale Abkommen: Im September 1997 hat die Bundesrepublik die Rahmenkonvention des Europarates ratifiziert und sich damit verpflichtet, die Angehörigen der nationalen Minderheiten vor Diskriminierung zu schützen, ihre Sprache und Kultur zu bewahren und ihre Teilnahme am wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben zu fördern. Wie stellt sich für den Europarat die gesellschaftliche Situation der Deutschen Sinti und Roma dar? Der Bera-

tende Ausschuss stellt für Deutschland 2003 und 2004 auszugsweise fest:

• dass insbesondere die Roma/Sinti fortlaufend in allen öffentlichen Bereichen wie z.B. in Wohnungs-, Arbeits- und Bildungsangelegenheiten Diskriminierungen ausgesetzt sind. Eine Möglichkeit der Behebung wäre unter anderem die verbesserte Aufklärung der Mehrheitsbevölkerung.

• dass es auch innerhalb der Medien vorkommt, dass insbesondere Sinti und Roma ethnisch gekennzeichnet werden.

• dass es noch Anstrengungen bedarf, um die effektive Teilnahme der Minderheit der Sinti und Roma am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben zu ermöglichen. Es müssen wirksame Maßnahmen getroffen werden, die die tatsächliche Gleichheit zwischen Minderheit und Mehrheit gewährleisten.

Der Bericht des Beratenden Ausschusses des Europarats, wie auch die aktuelle Auseinandersetzung um das geplante Mahnmal für Sinti und Roma zeigen uns eindringlich, welchen Stellenwert die gesellschaftliche Integration unserer Minderheit derzeit hat.

Auch 63 Jahre nach der Befreiung gibt es kein nationales Mahnmal, das an die Ermordung von hunderttausenden Sinti und Roma während des NS-Regimes erinnert. ... Gedenken beinhaltet die persönliche Erinnerung sowie die Ehrung und Würdigung der Opfer. Der frühere Bundespräsident Roman Herzog tat dies durch die Proklamation des heutigen Gedenktages für alle NS-Verfolgten, in Bezug auf die Verfolgung der Sinti und Roma sagte er anlässlich der Eröffnung unseres Dokumentation- und Kulturzentrums in Heidelberg 1997: „Der Völkermord an den Sinti und Roma ist aus dem gleichen Motiv des Rassenwahns, mit dem gleichen Vorsatz und dem gleichen Willen zur planmäßigen und endgültigen Vernichtung durchgeführt worden wie der an den Juden. Sie wurden im gesamten Einflussbereich der Nationalsozialisten systematisch und familienweise vom Kleinkind bis zum Greis ermordet."

Mehr als 1500 Überlebende des Völkermords und weitere 210 prominente Persönlichkeiten, Wissenschaftler und Historiker fordern als Unterzeichner des Appells des Zentralrates vom 2. August 2000 die Errichtung des Denkmals mit dem Herzog-Zitat als dessen zentrale Aussage. Um Vorurteile bekämpfen zu können, muss man ihnen ein Gesicht geben. Man muss sie kenntlich machen, bewerten und dazu Stellung beziehen."

aus Kommunalinfo Mannheim 3-08 ■

Der Zug der Erinnerung hielt in Apolda

Der„Zug der Erinnerung" hielt am 28.01.2008 um 17.19 Uhr in Apolda. Unter dem Motto „Der Opfer gedenken – die Zukunft gestalten" begrüßten 200 Bürgerinnen und Bürger der Stadt und des Kreises den einfahrenden Zug. Bürgermeister Rüdiger Eisenbrand hielt die Eröffnungsrede, gefolgt von einem Redebeitrag der Antifaschistischen Gruppe Apolda (AGAP), dem BürgerInnenbündnis gegen Rechtsextremismus Weimarer Land, dem Aktionskommitee „11.000 Kinder" Weimar und der pädagogischen Begleiterin des Zuges Anne Berghoff. Letztere dankte vor allem der AGAP für ihr Engagement in der Organisation des Zuges in Apolda. Beklemmend wirkte ein Hakenkreuz im Hintergrund der RednerInnen. Vor knapp einem Jahr besprühten Rechtsextreme die Treppe. Die Symbole wurden zwar sofort übermalt, doch verblasst die Farbe zusehends. Der Schandfleck aber bleibt der Stadt – wie ein unheilvolles Symbol – erhalten.

Schnell füllte sich der Bahnsteig vor dem Zug. 400 Menschen waren es, die in knapp vier Stunden die Ausstellung besichtigten. Leider machten es die Umstände notwendig, dass ein für die bisherige Strecke des Zuges unnötig großes Polizeiaufgebot die Interessierten schützte. Nachdem im Jahre 2006 die Ausstellung „11.000 Kinder" von zirka 25 vermummten Nazis angegriffen wurde, sollten ähnliche Bilder an diesem Tag ausbleiben. [2] Die AnhängerInnen des nationalistischen Systems ließen sich dennoch blicken. Immer wieder fuhren vollbesetzte Fahrzeuge mit Rechtsextremen am Bahnhof vorbei und machten ihrem Unmut über die Ausstellung Luft.

Das Begleitprogramm in Apolda

Auf den Zug aufmerksam machte – ähnlich wie in Weimar – ein umfangreiches Begleitprogramm. Los ging es am Freitag mit einem Konzert. Auch der Stadtrundgang am nächsten Tag verlief ohne Störungen. Geschehnisse in Weimar ließen jedoch zunächst Schlimmeres erwarten. Zirka 20 RechtsextremistInnen störten dort am 25. den Vortrag des Historikers Jonny Thimm, der über die unrühmliche Vergangenheit der Stadt Weimar und ihrer BewohnerInnen berichtete. Der Historiker Peter Franz führte in Apolda eine Gruppe von 50 Menschen durch die nationalsozialistische Vergangenheit der Stadt. Der Rundgang begann am Startpunkt der Deportationen – dem Apoldaer Bahnhof. Von hier wurden Apoldaer Juden in drei Deportationswellen in die Gettos und Konzentrationslager nach Osten verschleppt, wo sie dem Vernichtsungswahn der Nazis zum Opfer fielen.

Am ehemaligen „Götzewerk" erfuhren die ZuhörerInnen etwas über das Schicksal der vielen hundert ZwangsarbeiterInnen in Rüstungsbetrieben der Stadt – insgesamt gab es drei Rüstungswerke in Apolda. Der Weg führte die Gruppe weiter in die Fußgängerzone. Zwei jüdische Kaufhäuser gab es in Apolda, ihre Besitzer wurden im Zuge der Ereignisse im „Dritten Reich" zum Verkauf gezwungen. Der Wert ihrer Besitztümer wurde ihnen jedoch nicht ausgezahlt. Die NSDAP verlangte hohe Summen von den Juden – nicht zuletzt, um ihre den Krieg vorbereitende Rüstung zu finanzieren. Auch das ehemalige jüdische Kaufhaus „Sax und Berlowitz" in der Weimarer Schillerstraße wurde auf diese Weise enteignet. Die Besitzer sperrte man so lange in ein KZ, bis sie bereit waren, ihr Unternehmen für einen Spottpreis zu verkaufen. Drei jüdische Wohnhäuser waren die letzten Stationen des Rundganges – darunter auch das Haus der Familie Prager, dem sich ein Verein mit dem Ziel des Andenkens angenommen hat.

Eine Lesung in der Stadtbibliothek schloss sich dem Rundgang an. Ilka Lohmann las aus dem „Tagebuch der Anne Frank" und Victors Klemperers „Lingua Tertii Imperi – LTI". Eindrucksvoll vermitteln diese Werke den Verfall jedweden Humanismus im „Dritten Reich". Die Propagandasprache des „Reiches" machte aus einer Sprache der Literatur und Philosophie ein billiges Instrument des Hasses – die Auswirkungen bekamen auch Jugendliche wie Anne Frank zu spüren. Sie wurde im Alter von 16 Jahren im KZ „Bergen Belsen" von den Nazis ermordet.

Am Abend führten die TeilnehmerInnen des „Auschwitz-Projekts" der Partnerschulen Mühlheim, Apolda und Oswiecim-Raisko das Ergebnis ihrer diesjährigen Arbeit vor. Bereits seit Jahren ist diese Art des Gedenkens fester Bestandteil des kulturellen Lebens in Apolda. Jedes Jahr fahren Schülerinnen und Schüler des Gymansiums der Stadt nach Oswiecim in die Gedenkstätte Auschwitz, um dem Vergessen entgegenzutreten – „Mensch erinnere, was in Auschwitz dir geschah".

Die Entwicklung in Apolda

Die aktuellen Ereignisse bieten Grund zur Sorge. Wenige Tage nach der Ankunft des Zuges am 2. Februar, zog der alljährliche Faschingsumzug durch die Stadt. Wie in den Vorjahren kam es dort wieder zu Stö- →

Der Blick ins rechte Lager

Antworten, Widersprüche und Perspektiven

11. Antifaschistische Sozialkonferenz

Samstag, 16. Februar 2008

ver.di-Höfe Hannover
Rotation – Veranstaltungsbereich
Goseriede 10 · 30159 Hannover

rungen durch Rechtsextreme. Schlägereien, extrem rechte Parolen und der Eklat 2007 – eine Straßenschlacht zwischen Nazis und Polizei - sorgten für landesweites Aufsehen. In diesem Jahr liefen drei Nazis inmitten des bunten Zuges, sie trugen dabei ein Transparent, worauf sie für die „nationale Sache“ warben. Auf dem Markt versammelten sich – wie in den Jahren zuvor – dutzende Nazis, um den Tag auf ihre Weise zu feiern. Von einer „nationalbefreiten Zone“ inmitten des eigentlich fröhlichen Tages zu sprechen, ist sicher nicht übertrieben. Ein konsequenter Ausschluss Rechtsextremer von Seiten der Faschingsvereine scheint die einzige Möglichkeit, derartigen Bilder entgegenzuwirken. [3] In der Nacht zum 2. Februar zogen zudem Nazis entlang der Umzugsroute durch die Stadt und klebten unzählige Propagandaaufkleber an Schilder und Scheiben. Wieder traf es eine gegen Rechtsextremismus engagierte Unternehmerin, der bereits sechs Mal die Fenster mit Steinen zerstört wurden. Diesmal waren es zwar nur Aufkleber, doch der psychologische Effekt bleibt – es kann jederzeit wieder geschehen. Betroffen war auch ein vietnamesisches Geschäft. Dass die Geschäfte von MigrantInnen nicht sicher sind, belegen die mehrmaligen Sachbeschädigungen an einem Döner-Imbis in der Bachstraße. [4]

Verhindert werden konnte offenbar am 26.01.2008 – am Tage des Stadtrundganges – eine rechtsextreme Veranstaltung. In einer Apoldaer Gastwirtschaft – dem Feldschlößchen – sollte vermutlich eine illegale Veranstaltung begangen werden. Am Abend waren zahlreiche kleine Gruppen von Nazis zu sehen, die zum Veranstaltungsort liefen. Die Polizei war schneller – die Feierlichkeit blieb den Bewohnern der Stadt erspart.

Doch gibt es auch Positives zu vermelden: Ein Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus hat sich gegründet, am 8. Mai gab es eine Demonstration mit 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zum „Tag der Befreiung vom Faschismus“ und ein Verein beschäftigt sich mit dem Erhalt des Prager-Hauses sowie dem Kampf gegen den noch immer latent vorhandenen Antisemitismus.“ *Antifaschistische Gruppe Apolda [AGAP]* ■

[1] Gewalt und Terror-Neonazis in Apolda - www.de.indymedia.org/2007/03/170304.shtml, AustauschschülerInnen von Nazis attackiert - www.agap.antifa.net/index.phpoption=com_content&task=view&id=188&Itemid=41
[2] Gewaltaufruf der Apoldaer Nazis zum Gedenktag der Novemberpogrome - http://www.agap.antifa.net/index.php?option=com_content&task=view&id=71&Itemid=41 [3] Buntes Faschingstreiben vom braunen Ungeist gestört - http://www.agap.antifa.net/index.php?option=com_content&task=view&id=75&Itemid=41 [4] Vierter Anschlag auf Geschäft von Apoldaer Antifaschistin – http://www.agap.antifa.net/index.php?option=com_content&task=view&id=84&Itemid=41

Drei rechtsradikale Polizisten vom Dienst suspendiert

Amiens/Frankreich. Wie Mitte vergangener Woche bekannt wurde, hat die französische Innenministerin Michèle Aliot-Marie drei Polizisten im nordfranzösischen Amiens vom Dienst suspendiert. In der Nacht vom Freitag, den 1. zum 2. Februar hatten sie in einer Bar in ihrer Stadt rechtsradikale Parolen gegrölt und waren vom Wirt hinaus komplimentiert worden, nachdem Gäste sich beschwert hatten und aggressiv zu werden drohten. Allem Anschein nach besteht zumindest teilweise ein organisierter rechtsextremer Hintergrund. Alle drei gehörten den Brigades anti-criminalité (BAC) an, einer militarisierten Sonderheit der Polizei, die für die Bekämpfung von Kriminalität insbesondere in den Sozialghettos der französischen Trabantenstädte zuständig ist.

Die drei Polizeibeamten im Alter von 39, 37 und 30 Jahren befanden sich nach Dienstschluss in Zivil, als sie gegen 23.30 Uhr die gut gefüllte Bar ‚My Goodness‘ betraten. Dort stießen sie ‚Sieg Heil‘-Rufe (auf Deutsch wie im Original) aus, sangen Nazi- oder ähnliche Lieder und klopften zudem antisemitische Sprüche: „Tod den Juden“, „Man müsste die Verbrennungsöfen wieder anwerfen“. Einer der drei soll zudem noch rassistische Auslassungen hinzugefügt haben: „Und wenn es mich meine Karriere kosten würde, ich werde nicht zulassen, dass mein Land von ‚bougnoules‘ (Anm.: rassistisches Sprichwort für Araber, ähnlich wie ‚Kanaken0145 im Deutschen) und Negern kolonisiert wird.“ Zumindest zwei der Polizisten sollen sich zudem positiv auf die rassistische ‚White Power‘-Bewegung bezogen haben. Insgesamt waren fünf Personen an dem Aufzug beteiligt, neben den drei Polizisten in Zivil – die von Gästen erkannt worden waren – befanden sich auch ein 40jähriger Metzger sowie ein 41jähriger Fleischgroßhändler mit am Tisch. Die Polizeibeamten waren Gästen als solche aufgefallen, da sie sich schon des öfteren in der Bar aufgehalten haben sollen, wo sie mindestens einmal bei einer vorausgegangenen Provokation ihre Dienstausweise gezückt hätten.

Wie die Regionalzeitung ‚Le Courrier Picard‘ bekannt gab, soll der älteste der drei Polizisten – der 39jährige, den Rang eines Brigadenchefs bekleidet – bereits an Wahlkämpfen des Front National (FN) teilgenommen haben. Ferner sei seine Ehefrau Regionalparlamentarierin der rechtsextremen Partei für die Picardie. Hingegen berichtet die sozialdemokratische Pariser Tageszeitung ‚Libération‘ vom Samstag (9. Februar), dass „laut einer anderen Quelle“ ein anderer der drei Beamten mit einer Frau verheiratet sei, die früher dem Parti des forces nouvelles (PFN, „Partei der neuen Kräfte“) angehört habe. Bei letzterem handelt es sich um eine rechtsextreme Partei, die im Laufe der 1970er Jahre in Konkurrenz zum FN stand – und zeitweise stärker war als dieser selbst –, danach aber marginalisiert wurde, da sie sich nicht zwischen einer Strategie des Bündnisses mit konservativen Kräften und einer anderen Strategie der „Autonomie“ gegenüber Letzteren (wie der FN sie verfocht) entscheiden konnte. Der überwiegende Teil der Kader dieser Partei wurde in den frühen 80er Jahren durch die Konservativen aufgesogen.

Zudem sollen alle drei der rechtextremen Polizeigewerkschaft Fédération professionnelle indépendante de la police (FPIP, „Unabhängiger Berufsverband der Polizei“) angehört oder ihr nahe gestanden haben. Einer von ihnen soll bei der FPIP auch Funktionär gewesen sein. Bei ihr handelt es sich um eine seit 1973 existierende rechtsextreme Gewerkschaft, die in den 90er Jahren teilweise in Konkurrenz zur FN-eigenen Polizistengewerkschaft ‚FN Police‘ geriet. Doch der FN Police wurde im Anschluss durch die Gerichte verboten bzw. darf sich nicht länger als Gewerkschaftsorganisation bezeichnen. Bei den Personalratswahlen der französischen Polizei im Dezember 1995, die den Höhepunkt des offenen rechtsextremen Einflusses markiert, hatten FPIP und ‚FN Police‘ zusammen 13 Prozent der Stimmen erhalten, mit leichtem Übergewicht zugunsten der Erstgenannten.

Am Donnerstag und Freitag vergangener Woche (7./8. Februar) wurden die fünf an den verbalen Ausfällen beteiligten Personen im Polizeigewahrsam vernommen. Am Freitag wurde ein Strafverfahren gegen sie eingeleitet, die Betroffenen wurden bis zum Prozess auf freien Fuß gesetzt. Unterdessen läuft ein dienstrechtliches Verfahren gegen sie. *bhs* ■

Krank und ohne Papiere?

DRESDEN. Schätzungen zufolge leben in Deutschland zwischen 500.000 und eine Million Menschen ohne gültige Aufenthaltserlaubnis. Viele haben nur eingeschränkten Zugang zur Gesundheitsversorgung und könnten im Krankheitsfalle zwar einen Krankenschein vom Sozialamt bekommen, würden damit aber eine Abschiebung riskieren.

Die Menschenrechtsinitiative „Medinetz“ vermittelt anonym und kostenlos medizinische Hilfe für Flüchtlinge und Migranten ohne Aufenthaltsstatus.

In einem Telefonat oder bei einer Sprechstunde wird abgesprochen, durch welchen Facharzt die Behandlung am Besten begonnen werden sollte. Danach erfolgt die Vermittlung an einen der mit Medinetz zusammen arbeitenden Ärzte. Persönliche Daten werden dabei nicht gesammelt.

Medinetz gibt es auch in anderen deutschen Städten. Medinetz Dresden wurde von Medizinstudenten der IPPNW ins Leben gerufen und besteht aus Studenten, Ärzten und Hebammen.

http://www.aktion-zivilcourage.de/Info_Krank_und_ohne_Papiere.427d2341/ ■

Wohnortzwang ist rechtswidrig

LEIPZIG. Anerkannte Flüchtlinge dürfen ihren Wohnort frei wählen, auch wenn sie Sozialhilfe bekommen. Das Bundesverwaltungsgericht räumt jetzt in einem Urteil mit dieser diskriminierenden Praxis der Bundesländer auf.

Das hartnäckige Engagement von Flüchtlingsorganisationen hat immerhin bewirkt, dass viele wissen, was unter Residenzpflicht für Asylbewerber zu verstehen ist: Sie dürfen den ihnen zugewiesenen Bezirk nicht verlassen.

Weniger bekannt ist, dass auch Menschen, deren Fluchtgründe offiziell anerkannt wurden, von Ausländerbehörden mit Wohnsitzbeschränkungen diskriminiert werden. Nämlich dann, wenn sie auf Sozialleistungen angewiesen sind.

Solche Auflagen stehen in keinem Gesetz, sondern gehen zurück auf eine Vereinbarung der Bundesländer, die damit angeblich die Kosten anteilig verteilen wollen. Nicht nur das UNHCR macht seit Jahren Druck, diese Ausgrenzung zu beenden – zuletzt in einer Stellungnahme im Juli 2007.

Ein kleiner Eintrag im Pass oder Reiseausweis verbietet den Betroffenen de facto, in einen anderen Ort umzuziehen, zum Beispiel in eine Gegend, wo sie bessere Chancen auf Arbeit erhoffen können oder um in der Nähe von Eltern und Freunden zu wohnen. Statt dessen sitzen sie oft in Gebieten fest, wo sie keine Perspektive haben. Wer den Umzug doch wagt, macht sich strafbar und riskiert, jegliche staatliche Unterstützung zu verlieren.

Zumindest für anerkannte Flüchtlinge könnte sich die Situation nun verbessern. Das Bundesverwaltungsgericht Leipzig erklärte diese Praxis in der vergangenen Woche für rechtswidrig. Es wies darauf hin, dass Wohnsitzauflagen, die das Ziel verfolgen, öffentliche Fürsorgelasten zu verteilen, mit dem Völker- und Europarecht nicht vereinbar seien. Die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) garantiere grundsätzlich Freizügigkeit und schreibe die Gleichbehandlung von Flüchtlingen und Inländern in Fragen der Sozialleistungen vor.

Geklagt hatten zwei Tschetschenen, die im Jahr 2004 in Deutschland als Flüchtlinge anerkannt worden waren. Weil sie Sozialhilfe erhielten, beschränkte die zuständige Ausländerbehörde Trier-Saarburg ihr Aufenthaltsrecht auf das Land Rheinland-Pfalz. Das mutet geradezu großzügig an, wenn man die Vorgaben in anderen Bundesländern betrachtet: Dort ist es zum Teil üblich, die Flüchtlinge auf einen Landkreis oder sogar eine einzelne Gemeinde festzulegen.

Das Bundesverwaltungsgericht ist nicht das erste, das die Regelung beanstandet, aber die Entscheidung von Leipzig bindet nun automatisch alle Bundesländer. Das Urteil ist im Wortlaut noch nicht veröffentlicht. Georg Classen vom Flüchtlingsrat Berlin zögert daher mit einer Bewertung. Er fürchtet ein Hintertürchen. In der Pressemitteilung des Gerichts heißt es nämlich auch, dass die Freizügigkeit unter bestimmten Umständen eingeschränkt werden könne, etwa »aus integrationspolitischen Gründen«.

Classen erinnert daran, dass die Wohnsitzauflagen weit mehr Menschen treffen, als den Kreis der nach der GFK anerkannten Flüchtlinge. Zum Beispiel Menschen, die aus humanitären Gründen ein Bleiberecht haben. Für sie wendet sich wohl erstmal nichts zum Besseren. Der Flüchtlingsexperte lehnt Wohnsitzauflagen vollständig ab: »Sie sind ein Integrationshindernis.«

Quelle: http://www.neues-deutschland.de/artikel/122710.html, 22.01.2008
The VOICE Forum Göttingen ■

Ausgestreckte Hand oder Drohung?

STUTTGART. Auf knapp 50.000 Menschen schätzt die Stadtverwaltung die Anzahl der Muslime in Stuttgart. Die meisten davon (22.000) sind türkischer Herkunft. Sicher sind nicht alle von ihnen stark religiös geprägt. Aber viele von ihnen üben ihre Religion in den Moscheevereinen aus. Die Stadtverwaltung spricht von 28 „Standorten“, wo die Moscheevereine – meist in Industriegebieten in ehemaligen Produktionshallen und in industriell geprägten Stadtteilen, wo viele Menschen mit Migrationshintergrund leben – ihre Gebetsräume haben.

Das ist so in Zuffenhausen und Bad Cannstatt und in einigen Innenstadtbezirken. Der einzige Stadtteil mit sehr hohem Anteil an Migranten bzw. an Muslimen ohne Gebetsraum ist der Hallschlag. Man sollte eigentlich davon ausgehen, dass die Religionsausübung der Muslime unter dem gleichen Schutz des Grundgesetzes steht wie die der anderen Religionen. Aber in der Realität wird mit den Muslimen nicht gleichberechtigt umgegangen.

„Interkulturelle Öffnung und Qualifizierung der Stuttgarter Moscheevereine“ – so lautet der Titel einer Beschlussvorlage, die im Internationalen Ausschuss am 30. Januar behandelt wurde und die am 12. Februar im Verwaltungsausschuss beschlossen werden soll. Ob damit ein Angebot der Stadtgesellschaft an die Muslime zur gleichberechtigten Teilnahme am gesellschaftlichen kommunalen Leben gemacht wird oder ob es sich eher um einen Angriff der Stadtverwaltung bzw. des Gemeinderats auf die Moscheevereine handelt, geht aus dem Text der Beschlussvorlage nicht klar hervor. Das fängt schon beim o.g. Titel des Papiers an. Man stelle sich vor, die Stadt würde ein Papier machen mit dem Titel „Interkulturelle Öffnung und Qualifizierung der Stuttgarter Sowieso-Kirchengemeinden“. Das gäbe einen heftigen Aufschrei und Widerstand. Im Internationalen Ausschuss war in der Diskussion dagegen sogar die Rede von „Aufbrechen der Moscheevereine“.

Als Projektziele werden genannt:

„1. Interkulturelle Öffnung der Stuttgarter islamischen Gemeinden und stärkere Einbindung ihrer Mitglieder in die kommunale Integrationsarbeit durch gemeinsamen Qualifizierung von aktiven Jugendlichen und Heranwachsenden aus mehreren Moscheevereinen.

2. Aufbau eines Stuttgarter Islamforums…

3. Aufbau einer dialogbegleitenden Fachgruppe aus muslimischen Jugendlichen und einer interkulturell agierenden ‚Task-Force‘-Gruppe, die …vermittelnd eingreift.

4. Erstellung eines Anwenderhandbuchs zum Aufbau lokaler Islamforen und zur Einbindung von Moscheevereinen in lokale Netzwerkstrukturen …“

Das hört sich nicht nach gleichberechtigtem, respektvollem Umgang an, sondern vermittelt den Eindruck, da solle nachdrücklich auf die Moscheevereine eingewirkt werden und es sollten Werkzeuge („Anwenderhandbuch“) entwi-

ckelt werden, wie das klappen kann. Der weitere Inhalt der Beschlussvorlage bestärkt diesen Eindruck.

Als „Indikatoren“ werden genannt: Von den 28 Moscheevereinen sollen vier bis fünf angesprochen werden und etwa 20 Jugendliche von ihnen an dem Qualifizierungsprogramm teilnehmen.

Zu den Projektinhalten wird u.a. gesagt: Ein „Stuttgarter Islamforum“ soll als von den Muslimen aktiv gestaltetes Arbeitsgremium zum Themenbereich Islam und Integration ab 2009 drei bis vier Mal im Jahr tagen. Aufgabe dieses Gremiums soll die „Erarbeitung des Selbstverständnisses als islamische Gemeinde in Stuttgart“ sein. Und dieses Selbstverständnis soll dann in die Integrationsmaßnahmen der Stadt eingebracht werden. Damit soll dann eine „nachhaltige Beteiligungsstruktur der Muslime am kommunalen Geschehen implementiert“ werden.

Zu Recht wies in der Diskussion des Internationalen Ausschusses Stadträtin Metke (CDU) darauf hin, dass es nicht Aufgabe der Stadt sein kann, in die religiösen Strukturen oder Diskussionen der Muslime einzugreifen. Richtig sei aber der Versuch, sie in die Integrationsarbeit einzubeziehen.

Stadträtin Hackl (SPD) schlug vor, statt Islamforum den Begriff Islamdialog zu wählen, damit das gemeinsame Gespräch betont wird und nicht der Eindruck der Einmischung in religiöse Fragen entsteht.

Stadträtin Küstler (Die Linke) wies darauf hin, dass die Absicht der besseren Einbeziehung der Muslime sehr zu unterstützen sei, aber die Wortwahl und Handlungsansätze des Papiers problematisch sind. Gleichberechtigter und respektvoller Umgang beinhalte, dass alle Moscheevereine zum Gespräch eingeladen werden. Eine Erarbeitung eines Selbstverständnisses als islamische Gemeinde in Stuttgart könne nur von den Muslimen selbst erfolgen und nicht von außen aufgedrängt werden. Es gibt eben im Islam keine kirchliche Hierarchie, im Übrigen haben auch die evangelischen Christen keine allumfassende Kirche wie die katholische.

Wenn die Stadt nur mit einem Teil der muslimischen Gemeinden zusammenarbeite und zwanzig junge Leute herausgegriffen werden, ohne dass die Gemeinden und Vorstände einbezogen und einverstanden sind, könnte das zu Zwistigkeiten in und zwischen den Moscheevereinen führen.

Deshalb sei eine Überarbeitung und große Behutsamkeit im Umgang mit den Muslimen angebracht. Weitere Mitglieder des Internationalen Ausschusses äußerten sich ähnlich.

Gari Pavcovic, der Leiter der OB-Stabsstelle für Migration, versprach die Hinweise aufzugreifen und in der beschließenden Sitzung des Verwaltungsausschusses Klarstellungen bzw. Korrekturen vorzulegen. *ulk* ■

Sozialforum in Marokko: Proteste gegen Razzien

MAROKKO. Migration war eins der wichtigen Themen auf dem Maghrebinischen Sozialforum in Marokko.An dem Forum vom 25.-27.1.08 in Bouznika/Marokko nahmen statt der erwarteten 700 über 1400 Menschen teil, darunter sehr viele marokkanische Jugendliche und über 100 AktivistInnen aus anderen Ländern. Es gab Proteste gegen erneute Razzien gegen MigrantInnen, die am 25./26.1. (ausgerechnet am vom Weltsozialforum beschlossenen Aktionstag, auf den sich das Forum bezog) in Rabat stattfanden. Am Workshop zu Migration nahmen über 300 AktivistInnen und Interessierte teil. Zu den aktuellen Razzien in Marokko und ihren Hintergründen siehe auch: http://no-racism.net/article/2428

In der Abschlusserklärung der Versammlung der MigrantInnen auf dem Forum heißt es:

Wir, Flüchtlinge, Asylsuchende, MigrantInnen und AkteurInnen von Unterstützerorganisationen aus Europa, Amerika und Afrika, haben unsere Versammlung der MigrantInnen am Rand des marokkanischen Sozilaforums am 27. Januar in Bouznika abgehalten.

Nach Austausch, Analysen und Teilen von Erfahrungen haben wir, die TeilnehmerInnen dieser Versammlung, Folgendes beschlossen:

1. Verurteilen wir die Praktiken der Festnahme, Inhaftierung, Rückschiebung und Ausbeutung von MigrantInnen, Flüchtlingen und Asylsuchenden.
2. Lehnen wir die Politik und die Abkommen zwischen den Ländern des Nordens und des Südens über Migration ab.
3. Fordern wir:
- Bewegungsfreiheit und Niederlassungsfreiheit überall und für alle.
- Die Respektierung und Anwendung der internationalen und regionalen Konventionen und Verträge über Migration.
- Die Legalisierung aller sans papiers.
4. Beschließen wir:
- Die Erarbeitung einer internationalen Plattform von MigrantInnen, Flüchtlingen und Asylsuchenden.
- Die Zustimmung der MigrantInnen, Flüchtlinge und Asylsuchenden zu internationalen Tagen, insbesondere dem 8. März, dem 20. Juni, dem 10. Dezember und dem 18. Dezember, für große Mobilisationen zu Fragen der Migration und des Asylrechts.

(*Anmerkung: nach Herausgabe der Erklärung wurde bemerkt, dass hier der 7.10., der Jahrestag der Ereignisse von Ceuta und Melilla, der inzwischen ein internationaler Mobilisierungstag ist, vergessen wurde)*

- Gemeinsame und abgestimmte Aktionen zwischen AktivistInnen des Nordens und des Südens, um eine Synergie zu erreichen.

Bericht vom maghrebinischen Sozialforum vom 25.-27.1.08 in Bouznika/Marokko, u.a. zu Migration, conni, Quelle indymedia ■

Kommission für Quoten-Einwanderung eingesetzt

FRANKREICH. Nunmehr ist es amtlich: Die französische Regierung möchte hin zu einer Quoteneinwanderung kommen und dafür entsprechend das Gesetz, und notfalls die Verfassung, anpassen. Dies bedeutet, dass künftig jährlich vorab festgelegt werden, wie viele Einwanderer, aus welchen Berufsgruppen und aus welchen geographischen Herkunftsregionen (im Sinne von Weltregionen) in den kommenden zwölf Monaten nach Frankreich kommen dürfen. Auch wenn dies zumindest im Hinblick auf das Asylrecht offiziell dementiert wird (es handele sich „um Zuwanderungs- und nicht um Asylquoten“, so der zuständige Minister Hortefeux), zeichnet sich doch ab, dass das Geltendmachen von individuellen Grundrechten wie des Rechts auf Familienzusammenführung oder auf Asyl dadurch erschwert wird. Jedenfalls sofern es zur „Quote“ in Widerspruch gerät.

Am Donnerstag, den 7. Februar hat der französische Minister für „Integration, Zuwanderung und nationale Identität“ Brice Hortefeux nun die Einrichtung einer Kommission bekannt gegeben, die ganz offiziell über dieses Thema „nachdenken“ soll. Ihre Aufgabe besteht darin, „die Wege des Wünschbaren und des Möglichen“ zu erkunden, so Hortefeux anlässlich der feierlichen Amtsführung der Mitglieder der Kommission. „Es wird nicht unbedingt von Ihnen verlangt, ein Projekt für eine Verfassungsänderung vorzulegen, aber es ist Ihnen auch nicht verwehrt/verboten“ fügte der Minister an die Adresse der 13 Kommissionsmitglieder hinzu.

Die Kommission steht unter dem Vorsitz des früheren Verfassungsgerichtspräsidenten Pierre Mazeaud, eines langjährigen Begleiters des ehemaligen Präsidenten Jacques Chirac. Zu ihren prominentesten sonstigen Mitgliedern zählt der Demograph (Bevölkerungswissenschaftler) Hervé Le Bras. Ihren Abschlussbericht soll die Kommission bis Ende Mai dieses Jahres vorlegen. Ihr offizieller Titel lautet „Kommission für den verfassungsrechtlichen Rahmen der neuen Einwanderungspolitik“, auch wenn sie in Medien und Politik bereits weithin auf den Namen „Mazeaud-Kommission zu den Einwanderungsquoten“ getauft worden ist.

BhS, Paris ■

Willkür beenden!

Wiedereinreise für Gazale Salame und ihre Kinder – ein überfälliger Akt der Humanität

HILDESHEIM. Etwa 200 Menschen beteiligten sich am 9.2.2008 an der Demonstration aus Anlass des dritten Jahrestages der Abschiebung von Gazale Salame für ihre Rückkehr zu ihrer Familie nach Dingelbe im Landkreis Hildesheim. Hoffnungen der Landesregierung und der hiesigen Ausländerbehörde, die Kritik und der Widerstand gegen die unmenschliche und rassistische Abschiebepolitik würde nachlassen und in Resignation münden, haben sich nicht erfüllt. Im Gegenteil. Die Ablehnungsfront gegen das Auseinanderreissen von hier integrierten Familien und Abschiebungen und staatlichen Rassismus generell nimmt zu.

Es sprachen Vertreter der evangelischen Kirche, Pastor Gerjet Harms und der Superintendent des evangelischen Kirchenkreises Hildesheim-Sarstedt, Helmut Aßmann, der Geschäftsführer des Niedersächsischen Flüchtlingsrats, Kai Weber, der eine Grußadresse einer Bundeskonferenz der Flüchtlingsräte übermittelte, die örtliche Asylbewerber-Gutschein-Umtauschinitiative, Lore Auerbach Ex-MdL (SPD), Filiz Polat MdL (Bündnis 90/DIE GRÜNEN). Für DIE LINKE verlas Michael Ohse vom Landesvorstand ein Grußwort der neuen Landtagsfraktion, welches Unterstützung gegen die Abschiebepolitik zusagt.

Am Vortag der Demonstration ist Gazale Salame in Izmir nach einem Zusammenbruch in ein Krankenhaus eingeliefert worden. Hier in Hildesheim ist Andreas Vasterling, Sprecher der Initiative Menschen für Menschen , Solidarität & Bleiberecht jetzt bereits seit dem 2.1. 2008 im Hungerstreik, um die Öffentlichkeit wach zu rütteln und die Regierung zur Umkehr zu bewegen.

Pastor Harms zitierte während der Demonstration Art. 6 GG:

„Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.“ Der Landessuperintendent stellte in Bezug auf die negativen Urteile des Oberverwaltungsgerichts fest: Das Leben müsse nicht dem Recht dienen, sondern das Recht dem Leben. Im Aufruf hieß es: „Wir fordern die Behörden dazu auf, alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel einzusetzen, dass die im Libanon geborene GAZALE SALAME zusammen mit ihren beiden kleinen Kindern zwecks Familien-Zusammenführung aus der Türkei zu ihrem Mann und den beiden älteren Töchtern nach Deutschland zurückkehren kann. Weiterhin fordern wir von den zuständigen Behörden, Ahmed Siala die 2001 entzogene Aufenthaltserlaubnis zu verlängern und damit den rechtmäßigen Aufenthalt der Familie in Deutschland wiederherzustellen.“ *raj* ■

„Gazale und Ahmed sind bei uns zuhause!“

Gazale Salame wurde, im dritten Monat schwanger, zusammen mit der anderthalbjährigen Tochter Schams am 10. Februar 2005 in die Türkei abgeschoben, während ihr Mann Ahmed Siala die beiden älteren Töchter in die Schule brachte. Seither ist die Familie zwangsweise getrennt. Gazale lebt zur Zeit mit den beiden jüngeren Kindern in einer Vorstadtsiedlung in Izmir. Sie leidet laut Aussage der behandelnden Ärzte unter schweren Depressionen. Die beiden älteren Töchter, die ohne ihre Mutter leben müssen, sind traumatisiert und müssen psychologisch betreut werden.

Ahmed Siala und seine Frau Gazale Salame haben in Deutschland die Schule durchlaufen. Sie sprechen fließend deutsch und wären längst eingebürgert, wenn die Ausländerbehörde ihnen nicht die Aufenthaltserlaubnis entzogen hätte. Die beiden älteren Kinder gehen hier zur Schule. Der Familienvater hat eine Arbeitsstelle als Geschäftsführer eines Schlachtbetriebs und kann seine Familie mit seinen Einkünften ernähren.

Ahmed Siala und Gazale Salame sind im Alter von sechs bzw. sieben Jahren mit ihren Eltern als arabischsprachige Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Libanon geflohen und in Deutschland aufgewachsen. Man wirft ihnen vor, dass ihre Eltern bei der Einreise nicht gesagt haben, dass ihre Vorfahren möglicherweise aus der Türkei stammen und dass sie als Flüchtlinge mit einem Anspruch auf die türkische Staatsbürgerschaft im Jahre 1990, also vor 18 Jahren, zu Unrecht ein Bleiberecht erhalten haben. Wie immer der Fall ausländerrechtlich zu bewerten ist - eine rechtskräftige Entscheidung im Verfahren Ahmed Siala steht immer noch aus - für uns steht im Vordergrund, dass Ahmed Siala und Gazale Salame unschuldige, minderjährige Kinder waren, als sie mit ihren Familien nach Deutschland flohen, und fast ihr ganzes Leben in Deutschland verbracht haben.

Eine Abschiebung der beiden nach zwanzigjährigem Aufenthalt ist unverhältnismäßig und unmenschlich, der Verweis auf die Möglichkeit eines gemeinsamen Lebens in der Türkei eine inakzeptable Forderung. (Quelle: Aufruf)

Die Tragödie der irregulären Migranten im Mittelmeer

„Tausende und Abertausende von Toten, eine unbestimmte Anzahl von Vermissten, über die man nie mehr etwas erfahren wird." So charakterisiert Fulvio Vassallo Paleologo, Professor an der Universität von Palermo, die „Nebenwirkungen" eines von Europa einseitig gegen Migranten erklärten Krieges, der die irreguläre Migration stoppen und die Einreisemöglichkeiten - auch für Asylsuchende - beenden soll. Die namenlosen Opfer dieser europäischen Abschottungspolitik sind meist allenfalls noch eine Randnotiz in unseren Zeitungen wert.

Der mutige italienische Journalist Gabriele del Grande ist der Spur dieser „Namenlosen" gefolgt. In eindrucksvollen, äußerst präzisen und spannend zu lesenden Reportagen geht er ihrer Geschichte und ihren Geschichten nach. In detektivischer Kleinarbeit fügt er einen Puzzlestein an den anderen. Monatelang folgte er ihren Routen entlang des Mittelmeers, von der Türkei zum Maghreb und von dort bis zum Senegal. Wer waren diese Menschen, die Schiffbrüchen zum Opfer fielen, aber auch der Hitze der Sahara, Lastwagenunfällen, dem Schnee und der Kälte, den Minenfeldern und den Schüssen der Polizei? Aus welcher Situation kamen sie? Warum brachen sie nach Europa auf und ließen ihr bisheriges Leben hinter sich?

Gabriele del Grandes Buch ist ein Epitaph für die Opfer. Es ist aber gleichzeitig ein Appell an uns alle, endlich hinzusehen und die Tragödie der irregulären Migranten im Mittelmeer nicht weiter zu dulden. Denn die zahllosen Opfer und ihre Geschichte zu vergessen und sich mit dieser brutalen „Normalität" abzufinden, hieße, sie erneut sterben zu lassen. Das Buch hat in Italien bereits innerhalb kürzester Zeit für großes Aufsehen gesorgt.

Gabriele del Grande: Mamadous Fahrt in den Tod. Die Tragödie der irregulären Migranten im Mittelmeer. Ca. 216 S., kart., ca. 14,90 Euro, ISBN 978-3-86059-510-7, Loeper Literaturverlag

88 Fragen und Antworten zur NPD

Unter diesem Titel ist ein Sammelband erschienen, der sowohl über die NPD informieren als auch zeigen will, was man gegen sie tun kann. Unterteilt in 12 Kapitel, wie beispielsweise Weltanschauung, Strategie, Führungspersonal, Infrastruktur oder eben „Der NPD entgegentreten", verdeutlichen 45 VertreterInnen aus Wissenschaft, Journalismus und Praxis, was aktueller Stand der Auseinandersetzung ist. Die LeserInnen können sich leicht an den Kapiteln sowie an den eindeutigen Fragestellungen orientieren: „Wie versucht die NPD Jugendliche anzusprechen?", „Wie ist das Verhältnis der NPD zur Gewalt?", „Wer finanziert die NPD?", um nur drei Beispiele zu nennen. Analytische und sprachliche Unterschiede wurden von den Herausgebern Christian Dornbusch und Fabian Virchow, bewusst nicht geglättet, um die verschiedenen Ansätze der AutorInnen erkennbar bleiben zu lassen.

„Der Sammelband hat aufgrund des umfassenden Wissens und der analytischen Tiefe der individuellen Beiträge alles, um ein dauerhaftes und hilfreiches Nachschlagewerk für alle Akteure im Kampf gegen die neofaschistische Partei zu sein".

aus monitor nr. 33, rundbrief des apabiz e.v. ■

Fabian Virchow/Christian Dornbusch: 88 Fragen und Antworten zur NPD, Wochenschau Verlag, 335 S., kartoniert, ISBN 978-3-89974365-4, 24,80 Euro

Neue Broschüre über die NPD

Eine neue Broschüre der Initiative Nazis in den Parlamenten (NiP) gibt einen Einstieg in die Ideologie der NPD. Auf 40 Seiten werden die Kernbereiche des politischen Programms der Partei analysiert. Die Broschüre soll zivilgesellschaftlichen Akteuren oder auch Bezirksverordneten in der inhaltlichen Auseinandersetzung mit der NPD helfen. Sie kann kostenlos heruntergeladen oder als Printausgabe bestellt werden:
nip-berlin©gmx.de
www.nip-berlin.de

Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut

Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz

Der Aufstieg der extremen Rechten in vielen europäischen Ländern des letzten Jahrzehnts hat die Forschung vor neue Herausforderungen gestellt.

Weit verbreitet ist die „Modernisierungsverlierer"-These, wonach insbesondere von Nachteilen des ökonomischen und sozialen Wandel betroffene Personen für rechtspopulistische oder -extreme Slogans anfällig sind. Bislang mangelte es an empirischen Untersuchungen, diese These zu bestätigen oder zu widerlegen. Dieses Buch nimmt dieses Problem in den Blick. Den objektiven Veränderungen in der Arbeitswelt und politischen Interessen der gesellschaftlichen Eliten an einer Popularisierung extrem rechter Einstellungen wird ebenso Rechnung getragen wie den subjektiven Reaktionen auf die Umbrüche in der Arbeitswelt.

Das Buch untersucht die Situation in Deutschland, Österreich und der Schweiz.

Prof. Dr. Christoph Butterwegge lehrt Politikwissenschaft an der Universität zu Köln.

Prof. Dr. Gudrun Hentges lehrt Politikwissenschaft am Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der Hochschule Fulda

Christoph Butterwegge, Gudrun Hentges (Hrsg.): Barbara Budrich Verlag 2008. 308 Seiten. Kart. 24,90 Euro (D), 25,60 Euro (A), 44,70 SFr ISBN 978-3-86649-071-0

Rechtsextremismus und Antisemitismus in Mittel-, Ost- und Südosteuropa

Dokumentation zum n-ost-Stipendienprogramm erschienen

In Russland werden Hetzjagden auf Kaukasier veranstaltet und fühlen sich afrikanische Studenten bedroht. In Ungarn werden mitten in Budapest 56 „Gardisten" unter der rot-weiß-gestreiften Arpad-Fahne der rechtsextremen Pfeilkreuzler vereidigt und veranstalten Demonstrationszüge durch Roma-Siedlungen. Rumänische und bulgarische Abgeordnete verhelfen nach dem EU-Beitritt dieser Länder den rechtsextremen Parteien im EU-Parlament erstmals – wenn auch nur kurzzeitig – zur Fraktionsstärke. Dies alles

Spendenkampagne

Noch ist das Spendenziel von 2000 Euro nicht erreicht. Bis jetzt wurden ca. 1500 Euro gespendet. Vielen Dank! Jede kleine Spende hilft, das Erscheinen zu sichern. Spendenkonto: GNN-Verlag, Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kto.Nr. 10419507

sind bedrückende Nachrichten aus dem Jahr 2007.

Inzwischen gehören rechtsradikale Bewegungen fast überall in Europa zur traurigen politischen Normalität. „Während die Strukturen in Deutschland und Westeuropa relativ gut erforscht sind, ist über die Ursachen des im östlichen Europa aufflackernden Rechtsextremismus zu wenig bekannt“, erklärt Christian Mihr, Vorstandsmitglied des in Berlin ansässigen Netzwerks für Osteuropa-Berichterstattung n-ost e.V. „Daher hat n-ost im Jahr 2007 erstmals 20 Recherche- und zehn Fotostipendien vergeben.“

Die besten Beiträge der Stipendiaten wurden nun in einer mehr als 100 Seiten starken, reich bebilderten Dokumentation zusammengefasst, die jetzt veröffentlicht wurde und bei n-ost angefordert werden kann.

Gefördert wurde das n-ost-Recherchestipendienprogramm von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“. Diese fördert unter anderem internationale Projekte, die das Handeln für Demokratie und Menschenrechte stärken. Mit der Förderung der Recherchestipendien wollte die Stiftung interessierte Journalisten dazu anregen, das Thema Rechtsextremismus und Antisemitismus in mittel- und osteuropäischen Staaten aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten: Ursachen und Ausprägungen standen ebenso im Fokus des Interesses wie das Engagement dagegen. Medienpartner des Projektes waren die Jüdische Allgemeine und die europäische Online-Zeitung Café Babel. Insgesamt waren 80 Rechercheexposés deutscher, österreichischer, schweizerischer und osteuropäischer Journalisten eingereicht worden, aus denen eine internationale Jury die Stipendiaten auswählte.

Die Artikel der nun vorgelegten Dokumentation reichen vom nationalistischen Populismus der bulgarischen Partei Ataka über die schwierige Situation Homosexueller in Rumänien bis hin zum Beitrag, den ein zweisprachiger Kindergarten im Kosovo zur Überwindung von Spannungen leistet. Einige n-ost-Stipendiaten beleuchten jüdisches Leben im östlichen Europa vor dem Hintergrund eines wieder auflodernden Antisemitismus. Andere behandeln die Diskriminierung von Flüchtlingen und Minderheiten an Europas Grenzen. Mehrere Recherchen nehmen zudem couragierte Gegeninitiativen gegen Rechtsradikalismus und Antisemitismus in den Blick.

Ergänzt wird die Dokumentation durch einen Beitrag von Anton Maegerle, einem der bekanntesten deutschen Rechtsextremismus-Experten. Das Netzwerk Recherche hat Maegerle erst vor kurzem mit dem Leuchtturm-Preis für besondere publizistische Leistungen ausgezeichnet. In seinem Beitrag gibt er einen Überblick über die Entwicklungen in fünf ost- und mitteleuropäischen Ländern und deckt Verbindungen von osteuropäischen und deutschen Neonazis auf. Komplettiert wird die n-ost-Recherchestipendien-Dokumentation durch ein Literaturverzeichnis zum Thema.

Dem n-ost e.V. mit Sitz in Berlin gehören mehr als 200 Journalisten aus 20 europäischen Ländern an. Der Verein setzt sich seit 2002 für eine bessere Berichterstattung aus und über Mittel- und Osteuropa in deutschsprachigen Medien ein. n-ost-Mitglieder engagieren sich für eine Stärkung der Medienfreiheit und gegen Einschränkungen der journalistischen Recherche – als Voraussetzung einer demokratischen Entwicklung.

Die Dokumentation „Rechtsextremismus und Antisemitismus in Mittel-, Ost- und Südosteuropa“ kann gegen einen mit 1,45 Euro frankierten Rückumschlag beim n-ost e.V., Schillerstraße 57, 10627 Berlin, bestellt werden. Zudem ist die gesamte Dokumentation als **PDF-Datei** kostenlos über die Internet-Seite **www.n-ost.de/Recherchestipendien** erhältlich.

Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung n-ost e.V.
Schillerstraße 57, 10627 Berlin
n-ost@n-ost.de ■

Gedenkstättenpolitik in NRW

!SEARCHLIGHT geht in die 2. Runde!

In Nordrhein-Westfalen existieren mehr als 20 Gedenkstätten, Lern- und Erinnerungsorte, die an historisch „authentischen“ Schauplätzen eine wissenschaftliche, pädagogische oder emotionale Beschäftigung mit unterschiedlichen Aspekten des Nationalsozialismus ermöglichen sollen. Die Einrichtung von Gedenkstätten ging in zahlreichen Fällen auf das beharrliche Engagement von NS-Opferverbänden und gesellschaftskritischen Geschichtsinitiativen zurück, die sich dem vielfach herbeigesehnten Schlussstrich unter die Vergangenheit widersetzten. Seit den 1990er Jahren sind jedoch in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik deutliche Umbrüche zu erkennen. Zum einen zeichnen sich Konturen eines hegemonialen Geschichtsbildes ab, das die Zeit des Nationalsozialismus nicht mehr ausklammert, sondern als erfolgreich „bewältigt“ in eine neue integrationsfähige deutsche Basiserzählung integriert. Zum anderen haben neue deutsche Opferdiskurse um Bombenkrieg, Flucht und Vertreibung an Bedeutung gewonnen. Zu fragen ist in diesem Zusammenhang, welche geschichtspolitischen Funktionen NS-Gedenkstätten in Zukunft wahrnehmen werden.

Referent: Günter Born, Historiker Donnerstag, 6. März 2008, 20.00 Uhr, Aula der ESG, Breul 43, Münster

Zugesehen – mitgemacht – profitiert?

Wie Kölns Wirtschaft, Verwaltung und Presse die Nationalsozialisten unterstützt haben. 24. Februar 2008, 14.00 bis 17.00 Uhr, Filmforum NRW im Museum Ludwig, Köln

Täter im Hintergrund. Die Kölner Wirtschaftselite im Nationalsozialismus. *Werner Rügemer (Autor, Vors. von Business Crime Control)*
Organisiert von den Spitzen der Verwaltung. Die Arisierung als gutes Geschäft für gute Bürger. *Wolfgang Dreßen (Professor für Politikwissenschaft an der Fachhochschule Düsseldorf, Arbeitsstelle Neonazismus)*
Schrieb die «Kölnische Zeitung» (StadtAnzeiger) Hitler an die Macht? Das Verhältnis des Verlegers Kurt Neven DuMont und seiner Zeitungsredakteure zur NSDAP vor 1933.
Vanja Budde (Journalistin und Historikerin)
«Kölnische Zeitung» an die Front, «Kölnische Volkszeitung» verboten. Die Kölner Presse in Krieg und Faschismus (1933 -1945).
Albrecht Kieser (Journalist)
Böse Taten – keine Täter? Seit Frühjahr 2006 will Alfred Neven DuMont bei Gericht durchsetzen, dass der Vorteil, den die damalige Verlegerfamilie aus dem Kauf jüdischer Grundstücke gezogen hat, nicht als «Arisierungsprofit» charakterisiert werden darf.
Eberhard Reinecke (Rechtsanwalt)
Nazizeit und Judenverfolgung in Köln. Historische Filmszenen aus WDR-Dokumentationen
Moderation: Heinrich Pachl.
Es laden ein: «Allerweltsgeschichten» Köln. Business Crime Control (BCC). Verein EL-De-Haus e.V. FilmInitiativ Köln, Geschichtswerkstatt Köln-Brück. Jugendclub Courage. Rheinisches JournalistInnenbüro. VVN-BdA Köln. Filme in Kooperation mit dem WDR

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Washingtons Plan: Deutsche sollen aussterben!

Nation & Europa Februar 2008

„Nation & Europa“, deren Februarausgabe gerade erschienen ist, gilt gemeinhin als Theorieorgan der deutschen Rechten und genießt aus diesem Grund auch in antifaschistischen Kreisen einen gewissen Ruf. Wie die Zeitschrift dazu kommt, bleibt bei der Lektüre der meisten Ausgaben unklar. Zumeist wird rechter Stehsatz der langweiligeren Art geboten, von Theorie oder auch nur geistiger Anstrengung bei den Autor(inn)en ist da wenig zu merken. Die Rubrik Leserbriefe beweist allerdings, dass die N&E-Leser(innen) offenbar auch mit der angebotenen, eher kargen geistigen Kost zufrieden sind. Hin und wieder allerdings finden sich Beiträge, die aus dem braunen Alltagsunsinn vonRassismus, Antisemitismus, Antikommunismus und Demokratiefeindlichkeit herausragen. Nicht dass sie den genannten Prämissen widersprächen, im Gegenteil. Doch sie ermöglichen einen tieferen Einblick in das rechte Denken und das macht sie interessant. Die vorliegende Ausgabe bietet gleich zwei solcher Beispiele, beide zu historischen Themen.

KARL RICHTER nimmt die derzeit fast alle Medien beherrschende 40. Wiederkehr der Jugendrevolte 1968 zum Anlass sich über „Die 68er und ihr Werk“ Gedanken zu machen. Sein Grund dafür: „Denn ohne Wirken und Einfluß der 68er wäre die Bundesrepublik und wären die Deutschen heute nicht das, was sie sind: fremdbestimmt, rückgratlos, linksliberal bis zum Erbrechen, ein Volk ohne Visionen und Überlebenswillen“. Soweit Richters Sicht der Symptome der von ihm angenommenen „Krankheit“. Es folgt die Krankengeschichte: „Akteure und Ideen der 68er-Welle fielen nicht vom Himmel. Man muß sich die Vorgeschichte vergegenwärtigen. Vorgearbeitet hatte – in großem Stil, geplant in eigens dafür eingerichteten Stäben der US-Armee für psychologische Kriegsführung – die Umerziehung durch die westlichen Besatzer“.

„Am 8. Mai 1945 endete mit der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht kein ‚normaler‘ Krieg“. Dem könnten Demokrat(inn)en zustimmen: Es endete der Versuch der Nazis, Europa zu versklaven, die europäischen Juden zu ermorden und Osteuropa zu kolonialisieren – nicht zuletzt durch Ausrottung größter Teile der slawischen Bevölkerung. Einen „normalen Krieg“ – sofern es einen solchen überhaupt je gegeben hat oder geben kann –, kann man das in der Tat nicht nennen. Aber das meint Richter natürlich nicht: „Es endete nur der bewaffnete Konflikt, während der psychologische Krieg zur Destabilisierung, De-Souveränisierung und Entnationalisierung der Besiegten ‚mit unvermindertem Einsatz fortgeführt wurde“. Es kam den US-Amerikanern, so Richter, „auf die psychische Unterwerfung der Besiegten, auf ihre mentale Entkernung, auf die Änderung ihres kollektiven Charakters“ an. „Es ging bei alledem nicht nur um den Austausch der vormaligen Funktionseliten der Deutschen“, der, wie Richter natürlich weiß, ja in der Bundesrepublik gerade nicht stattgefunden hat. „Sondern parallel dazu sollte der Volkscharakter der Unterworfenen verändert werden“. Verantwortlich für diese Politik macht Richter, es überrascht kaum, die Juden: „In der Freud-Nachfolge hatte sich unter – aus Deutschland emigrierten – Psychologen in den USA die Lehre vom ‚autoritären Charakter‘ verbreitet, als deren maßgeblicher Propagandist sich der sattsam bekannte Theodor W. Adorno hervortat. In der zweiten Kriegshälfte hatte sich der American Jewish Congress, eine der einflußreichsten Lobbys in den USA, die Theorie vom ‚autoritären Charakter‘ zueigen gemacht und 1944 eine Tagung einberufen, die die neue Prpagandathese ‚wissenschaftlich‘ unterfüttern sollte“.

Richters Fazit: „...erübrigt sich jede weitere Frage, wie es zur ‚Zäsur‘ von 1968 kommen konnte. Sie war nichts anderes als eine Folge- und Fernwirkung der amerikanischen Psycho-Politik“. Und der Erfolg? „Hieß es ehedem ‚Du bist nichts, dein Volk ist alles‘, so gilt heute und auf allen Kanälen das umgekehrte Extrem: ‚Du bist alles, dein Volk ist nichts.‘ Die Quintessenz der wohlfeilen Aufklärungs- und Emanzipationsrhetorik ist letztlich nichts als ein jämmerlicher Charakter-Bodensatz aus Egoismus, Bindungsunfähigkeit und Hedonismus, das sicherste Rezept, um jede Gesellschaft dauerhaft kaputt zu machen. Nichts anderes war beabsichtigt. Niemand braucht sich darüber zu wundern, daß das Volk der Selbstverwirklicher und Urlaubsweltmeister keine Kinder mehr bekommen will und nichts dabei findet, daß es von Millionen Ausländern langsam, aber sicher aus dem eigenen Land herausgeboren wird“.

Hardcore-Geschichtsrevisionismus bietet der Publizist WERNER BRÄUNINGER im N&E-Interview an: Unter dem Titel „Hitler und die Folgen“ bewältigt er die nicht leichte Aufgabe, einerseits die Politik der Nazis zu rechtfertigen, andererseits aber vor einer NS-Nostalgie in der Propaganda der Neonazis als nicht zielführend zu warnen. Beginnen wir mit Bräuningers Rechtfertigungsversuchen: „Es begann mit diesem Tag (dem 30. Januar 1933 – tri) aber vor allem der Jahre andauernde Prozess, die zerrissene Gesellschaft zur ‚Volksgemeinschaft‘ radikal umzuformieren.... Dem Nationalsozialismus gelang es innerhalb des Volkes äußerst erfolgreich, Konsens zu schaffen und die Klassen zu versöhnen....Vieles, was uns heute selbstverständlich erscheint, ist fraglos auf die sozial-revolutionären Impulse der NSDAP zurückzuführen: der Gedanke der Chancengleichheit, die Garantie von Mindestlöhnen, der Breitentourismus für die arbeitenden Massen, Gesundheitsfürsorge und Schutz für Mutter und Kind, die Begabtenförderung und die Installierung eines gerechten Schulsystems...“.

Trotz all dieser „Errungenschaften“ des Hitlerfaschismus warnt Bräuninger seine Gesinnungsgenossen davor, in ihrer Propaganda zu stark auf NS-Nostalgie zu setzen – allerdings aus rein taktischen Erwägungen: „Natürlich ist es gerade auch innerhalb des nationalorientierten Spektrums sinnvoll und wichtig, sich auf der Höhe des aktuellen Standes der Forschung über das Dritte Reich zu befinden. Jedoch habe ich kein Verständnis dafür, wenn etwa in Parteizeitungen gebetsmühlenartig immer wieder Artikel erscheinen wie ‚Hauptsturmführer Reichenbach: Tigerpanzer voran!‘ oder ‚Pfundskerl: Ritterkreuzträger Steineck‘. Wem ist damit gedient? Solches gehört in militärhistorische Zeitschriften, nicht aber in die politische Debatte des Jahres 2008. Kann man sich vorstellen, dass etwa in Goebbels’ Berliner Kampfblatt ‚Der Angriff‘ 1932 immer wieder die Sedanschlacht von 1870 nachempfunden worden wäre? Nein, der Nationalsozialismus war zwar eine Bewegung, welche sich ganz bewusst in die großen Traditionslinien preußisch-deutscher Geschichte stellte, aber man betrieb keine rückwärtsgewandten Restaurationsbestrebungen etwa der Monarchie, und man kostümierte sich auch nicht im wilhelminischen Stil, sondern fand zu eigenen Formen und eigenem Ausdruck“. Wo braun drin ist, soll also nicht immer braun draufstehen – der Inhalt aber bleibt! *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507